AuflagE
Nr. 18 | Juli 2019
Die Fachzeitschrift der Landesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen Niedersachsen | Bremen e. V.

INKLUSION

Ein Themenheft zum
Umgang mit Vielfalt in Elterninitiativen

Inhalt

3 Inklusion – ein Thema für Elterninitiativen
Unterschiede wahrnehmen – Gemeinsamkeiten entdecken

5 Elterninitativen auf dem Weg zur Inklusion

9 Elterninitiativen als Thema der Kindheits- und Bildungsforschung
Inklusion und Vielfalt mit Eltern Hand in Hand gestalten

12 Kinder, »die behindert werden«
Zugangsbarrieren in der frühkindlichen Bildung

19 Gleiche Förderung nur auf dem Klageweg?
Heilpädagogische Leistungen mit zweierlei Maß

23 Eltern machen mit
Ein Film über interkulturelle Elternarbeit

27 »In jede Dienstbesprechung gehört ein Kind«
Ein Gespräch mit Klaus Kokemoor über die Impfung durch positive Bilder

30 Diversität in Teams
Gelebte Vielfaltskultur als Leitbild eines Trägers

35 Gender und so ...
Binäre Denkmuster verlassen

39 Inklusive | exklusive Elterninitiativen
Selbstorganisierte Kita für alle?

42 Das Netzwerk der lagE

lagE
niedersachsen/bremen e.V.
landesarbeitsgemeinschaft
ELTERNINITIATIVEN

AuflagE | Ausgabe Nr. 18 | Juli 2019

Herausgeberin
Landesarbeitsgemeinschaft
Elterninitiativen (lagE) Nds. | HB e.V.
Geschäftsstelle der lagE
Maschstraße 30, 30169 Hannover
Telefon 0511 1614045
info@lage-ev.de
www.lage-ev.de
Redaktion
Birgit Rauschke, Martina Ernst,
Stefanie Lüpke

Gestaltung www.andrealuepke.de
Fotos Bad Nenndorf ist bunt e.V., Verein für Kinder (Oldenburg), lagE e.V., Shutterstock.com, pixabay.com, unsplash.com (Alexander Dummer, Markus Spiske, Jelleke Vanooteghem)
Druck www.diedruckerei.de (Auflage: 1.250)
Bezugsbedingungen Die »AuflagE« erscheint etwa einmal jährlich, Einzelpreis 5 Euro (gratis für Mitglieder der lagE e.V. und der Kontakt- und Beratungsstellen).
Die »AuflagE« als PDF zum Download unter: www.lage-ev.de

Inklusion – ein Thema für Elterninitiativen

Unterschiede wahrnehmen – Gemeinsamkeiten entdecken

Als Landesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen Niedersachsen/Bremen e. V. freuen wir uns, Ihnen und Euch hier unsere neue AuflagE »Inklusion« zu präsentieren. Die lagE e. V. ist die Dachorganisation der Kinderläden auf Landesebene. Kitas unseres Trägerbereichs stellen etwa zehn Prozent aller Tageseinrichtungen für Kinder in Niedersachsen. Sie haben gemeinsam, dass ein Verein der Träger ist. Mitglieder sind die Eltern, deren Kinder von hauptamtlichen Fachkräften betreut werden. In den meist kleinen Einrichtungen finden sich Familien zusammen, denen es wichtig ist, die Bedingungen in der Kita aktiv mitzugestalten.

Für unsere Mitglieder und Interessierte veröffentlichen wir regelmäßig Positionen und Texte als AuflagE. Dieses Themenheft »Inklusion« enthält – wie passend – eine große Vielfalt von Aspekten: Es geht um die Weiterentwicklung unserer Kitas zu Lernorten, in denen Diversität gelebt wird, um den Abbau von inneren und äußeren Barrieren, um eine Verständigung über gemeinsame Werte und die Praxis einer Partizipationskultur. Ein selbstkritischer Blick auf die Situation der Einrichtungen unseres Trägerbereichs gehört für uns dazu.

Wir haben mit Menschen gesprochen, die sich in Elterninitiativen engagieren, andere Expert*innen befragt und uns selbst mit einzelnen Themenbereichen intensiv beschäftigt.

Herzlichen Dank an alle, die an dieser AuflagE mitgewirkt haben.

Viel Freude beim Lesen wünschen
Birgit Rauschke, Martina Ernst und Stefanie Lüpke

» Ganz besonderer Dank gilt Birgit, die diese AuflagE maßgeblich verantwortet und geschrieben hat und uns nach einer sehr engagierten und fachlich hoch qualifizierten Elternzeitvertretung leider verlassen muss.

Elterninitiativen auf dem Weg zur Inklusion

So wie die Kinderläden und Elternvereine in Niedersachsen zu den ersten gehörten, die die Integration von Kindern mit Behinderungen umsetzten – so machte sich auch die lagE e. V. als ihre Dachorganisation schon früh für Inklusion in der frühkindlichen Bildung stark.

Meinen beide Begriffe eigentlich das gleiche – Integration und Inklusion? Man liest es immer wieder: »Inklusion ist die Teilhabe von Menschen mit Behinderung.« Ist also Inklusion lediglich die modernisierte Version der früher als Integrationspädagogik bezeichneten »gemeinsamen Erziehung und Bildung von Kindern mit und ohne Behinderung«? Ergänzt um den menschenrechtlich basierten Teilhabebegriff? Oder ist Inklusion mehr – und etwas ganz Neues? Diese Fragen führen direkt hinein in pädagogisch-konzeptionelle Diskussionen, wie sie vielerorts auch in den Elterninitiativen geführt werden.

Der »große« Inklusionsbegriff

Dort sind viele Teams mitten im Klärungs- und Reflexionsprozess über ihren Umgang mit Vielfalt. Das wird auch in den Zwischenergebnissen des Projekts »Inklusive Elterninitiativen – IKE« *(siehe Seite 9)* sichtbar: Der sogenannte »große« Inklusionsbegriff ist Grundlage des Projekts. Mit ihm werden viele Diskriminierungsmerkmale in den Blick genommen, neben Behinderung also auch der kulturelle Hintergrund eines Menschen, seine Geschlechtsidentität, die Einkommenssituation und sexuelle Orientierung etc. Das Forschungsteam der Uni Hildesheim entdeckte in den Elterninitiativen eine große Bereitschaft zur Reflexion eigener und einrichtungsinterner Werte.

In Teambesprechungen und auf Elternabenden fragen sich die Kinderladen-Beteiligten, wo sie vielleicht nach innen oder außen noch »exkludieren«. Denn um eine inklusive Einrichtung zu werden, lohnt es sich, die verschiedenen Aspekte der Einrichtungskultur zu betrachten: Wie gehen wir mit Kindern um, deren Verhalten uns besonders herausfordert? Sind wir uns im Klaren darüber, dass Druck auf Kinder, die »stören«, das gemeinsame Problem nicht löst? Haben Bewerber*innen mit Behinderung oder mit Zuwanderungsgeschichte eine Chance auf eine Stelle bei uns? Können Eltern, die Sozialleistungen beziehen, den Kostenbeitrag für die musikalische Früherziehung und das Bio-Essen aufbringen oder finden wir eine solidarische Lösung – ohne zu stigmatisieren? Überprüfen wir unser Bücherregal darauf, ob den Kindern dort binäre Geschlechterklischees oder andere, zum Beispiel ethnische Stereotype präsentiert werden? Haben wir im Kopf, dass es mehr als zwei Geschlechter gibt? Wie sprechen wir über Mütter und Väter und deren Aufgaben? Bilden unsere Spielmaterialien die gesellschaftliche Vielfalt ab? Wie beziehen wir andere Sprachen und Kulturen der Kinder in unsere pädagogische Arbeit ein? Sind wir uns in unserer integrativen Einrichtung darüber einig, dass Behinderung immer im Zusammenhang mit den Barrieren in der Umwelt steht? Und welche Folgen hat das für unsere Arbeit?

Hilfreiche Werkzeuge

Viele Denkanstöße und Fragestellungen dieser Art finden sich im Index für Inklusion in Kindertageseinrichtungen »Gemeinsam leben, spielen und lernen – Handreichung für die Praxis«.[1] Die GEW hat ihn 2015 neu aufgelegt. Es lohnt sich wirklich, dieses Werkzeug für die Reflexion und Qualitätsentwicklung zu nutzen. Die Fragen des Index sind als Angebot zu verstehen, denn jede Kita beginnt an einem anderen Ausgangspunkt und wählt ihre »Baustelle« selbst. Für den Prozessverlauf gibt es methodische Hinweise. So kann sichergestellt werden, dass sich auch wirklich alle beteiligen können. Ein weiterer positiver Aspekt der Arbeit mit dem Index ist, dass über die Beschäftigung mit den verschiedenen Indikatoren auch deutlich wird, was ein Team oder Trägerverein sich bereits erarbeitet hat:

Wo werden schon heute inklusive Werte und Strukturen gelebt? Der Index kann also auch den Blick auf eigene Errungenschaften lenken und so die Arbeitszufriedenheit erhöhen.

Auch der Kinderschutzleitfaden der BAGE[2] ist allen zur Weiterentwicklung einer inklusiven Beteiligungskultur ans Herz zu legen. Als 2018 neu aufgelegte Handreichung ist dieser Leitfaden auf die besondere Situation der Elterninis zugeschnitten. Er liefert anhand konkreter Fragen wichtige Hinweise zu den Themen Macht, Beteiligung, Kritikkultur und Beschwerdemanagement. Damit dient er sowohl der Entwicklung des eigenen Kinderschutzkonzeptes der Einrichtung als auch der Reflexion der Haltung im Verein als Grundlage für ein Leitbild des gegenseitigen Respekts.

Ein weiteres Werkzeug, mit dem die Einrichtungssituation beleuchtet werden kann, ist das »Qualitätshandbuch für Vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung in Kitas«[3]. Die Fachstelle Kinderwelten hat es erarbeitet und mehrere ergänzende Praxisbücher veröffentlicht. In Anlehnung an den Anti-Bias-Ansatz steht darin die Idee im Mittelpunkt, Herrschaftsverhältnisse zu hinterfragen und Kinder zu ermutigen, aktiv gegen Ungerechtigkeiten vorzugehen. Viele Beispiele aus der Praxis machen Lust darauf, in kleinen Schritten anzufangen. Fragenlisten lenken die Aufmerksamkeit auf verschiedene alltägliche Situationen, in denen Diskriminierung stattfinden kann.

Gute Beispiele

Wenn Inklusion bedeutet, dass jeder Mensch die Möglichkeit zur Partizipation haben soll, können nach unserer Einschätzung die Kinderläden mit ihren (basis-)demokratischen Wurzeln auch heute viele inkludierende Praktiken vorweisen – egal, ob sie nun Kinder »mit besonderem Förderbedarf« betreuen oder nicht. Das Bestreben, kein Kind, keine Mitarbeiter*in, kein Elternteil auszuschließen, ist in vielen Läden spürbar und hat dazu geführt, dass Elterninis bunt und divers sind.

Die Annahme, dass eine integrative Einrichtung auch automatisch inklusiv ist, kann vor dem Hintergrund der oben genannten Fragestellungen also ein Trugschluss sein. Ebenso schließt die Tatsache, dass kein Kind mit anerkanntem Förderbedarf betreut wird, Inklusion nicht aus.

Vor die Aufgabe gestellt, den Begriff Inklusion auf einen Satz zu reduzieren,

Auf der Webseite eines Kinderladens

Mit der Mitgliedschaft in diesem Verein sind nicht vereinbar:

- Menschenverachtende Äußerungen, insbesondere solche, die Grundrechte des Grundgesetzes nach den Artikeln 1 bis 19 in Frage stellen
- Äußerungen, welche die anerkannte Geschichtsschreibung in Frage stellen und zu Lasten von Volksgruppen gehen
- Äußerungen, die ausländerfeindlich, rassistisch sind oder das NS- Regime verherrlichen
- Die Benutzung ausländerfeindlicher, rassistischer oder nationalsozialistischer Zeichen, Symbole und Kürzel

könnte man sagen: Inklusion ist, wenn spürbar wird, dass eine Organisation oder Gesellschaft sich zum Ziel setzt, keinen Menschen auszugrenzen – nach außen und nach innen. Ein Kinderladen, der integrativ arbeitet, hat beste Voraussetzungen, inklusiv zu werden. Es gibt ein multiprofessionelles Team und idealerweise eine gemeinsam entwickelte Haltung zu Vielfalt, die von größtmöglicher Offenheit und eigener Veränderungsbereitschaft gekennzeichnet ist. Es gibt viele gute Beispiele:

- Der Kinderladen, der in seinem »Ist-mir-wichtig-Kreis« den Kindern ein Forum bietet, für eigene Belange einzutreten und die Regeln des Miteinanders zu besprechen. Das Team unterstützt auch Kinder mit sprachlichen oder anderen Einschränkungen, sich zu beteiligen.
- Oder die Ini, in der Gebärden ein wichtiger Teil des Gruppenlebens werden, weil ein gehörloses Kind aufgenommen wird. Und obwohl das betreffende Kind schon lange in die Schule gewechselt hat, gehören Gebärden zur Kommunikation wie selbstverständlich dazu. Die Fachkräfte pflegen ganz bewusst deren Einsatz, wissen sie doch, dass Gebärden Kindern mit anderen Muttersprachen den Einstieg erleichtern und die Möglichkeiten aller Kinder erweitern.
- Auch der Kinderladen, dessen Team und Vorstand intensiv diskutieren, ob und wie dem Wunsch einer muslimischen Familie nachzukommen sei, den Schwimmbadbesuch ihres Kindes ohne sichtbare Nacktheit zu gestalten, handelt inklusiv. Die Gratwanderung zwischen dem Annehmen der für sie fremden Traditionen und Werte dieser Familie und dem Festhalten am Konzept der Einrichtung, in dem Nacktheit nicht tabuisiert ist, kann den Beteiligten gelingen, weil sie wertschätzend und auf Augenhöhe in den Austausch gehen.

Teams handeln inklusiv, wenn sie sich Unterstützung holen, statt nach vermeintlich »geeigneteren« Einrichtungen für ein Kind zu suchen, von dessen Verhalten sie sich überfordert fühlen. Fachberatung und Supervision können entscheidend dazu beitragen, den Blick der Fachkräfte auf Veränderungsmöglichkeiten in der Kommunikation und im Tagesablauf zu richten. Manchmal bleibt aber das Gefühl, nicht »weiterzukommen«, alle anderen Kinder zu vernachlässigen, weil dieses eine Kind scheinbar mehr braucht. Elterninitiativen sind häufig diejenigen, die gemeinsam mit den Eltern für zusätzliche Personalressourcen streiten, damit das Kind in der Einrichtung bleiben kann *(siehe »Gleiche Förderung nur auf dem Klageweg«, Seite 19)*. Ähnlich wie bei der Vorreiterrolle der ersten integrativen Kinderläden (noch bevor es in Niedersachsen gesetzliche Regelungen dafür gab) wird auch durch diese inklusive Praxis in selbstorganisierten Tageseinrichtungen gelebte Solidarität sichtbar.

Ein weiteres gutes Beispiel ist das Projekt »Kitas auf dem Weg zur Inklusion«[4], das die Landeshauptstadt Hannover auf den Weg gebracht hat. Kitas aller Träger, die ihr Konzept in Richtung Inklusion weiterentwickeln wollen, können sich bewerben. Jedes Jahr kommen mehr Einrichtungen hinzu. Auch für eingruppige Kinderläden ist die Teilnahme möglich. Sie können dann eine Heilpädagog*in (in Teilzeit) einstellen und erhalten Prozessbegleitung durch die Hochschule Hannover. Gefördert wird das Projekt durch die Heide und Heinz-Dürr-Stiftung.

Hat Inklusion Grenzen?

Bei den Kindern fällt es uns meist leicht, zu denken, dass Inklusion höchstens daran scheitern könnte, dass einer Organisation nicht genügend Personalressourcen zur Verfügung stehen. Dann ist die Einrichtung letztlich »inklusionsunfähig« und nicht das Kind. Vielfalt grundsätzlich positiv zu betrachten, ist das Ziel zeitgemäßer Kita-Pädagogik. Die Frage, ob es da Grenzen gibt, stellt sich im Zusammenhang mit Erwachsenen, die rechtsextreme Meinungen oder andere Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vertreten. Wie kann damit umgegangen werden, wenn den Vereinen Eltern mit zum Beispiel rassistischer Gesinnung begegnen? Für viele ist kaum vorstellbar, dass Anhänger*innen völkischer Ideologien den Weg in unsere oft links-alternativ geprägten Kitas finden. Doch undenkbar ist es leider nicht. Wenn einerseits mehr Vielfalt gewollt ist, darf man überhaupt (zumal

als öffentlich geförderte Organe des allgemeinen Bildungssystems) die Aufnahme solcher Familien verhindern? Oder ist es im Gegenteil sogar demokratische Pflicht, Leuten, die sich abwertend über bestimmte Personengruppen äußern, die Tür zu weisen? Endet also die Inklusion bei den Kindern derjenigen, die Vielfalt ablehnen oder sich demokratiefeindlich äußern?

Vereine, die solche Personenkreise von vornherein ausschließen, handeln nicht nur konsequent, was die Umsetzung ihres demokratischen Leitbilds *(siehe Infokasten auf Seite 6)* betrifft, sondern agieren auch insofern verantwortungsvoll, als sie um die Wichtigkeit der guten Zusammenarbeit in der Elternschaft für den Fortbestand ihres Kinderladens wissen. Alle Energien, die in politisch-ideologische Diskussionen und die sich anschließenden Krisengespräche gesteckt werden müssen, stehen den Vereinsmitgliedern nicht für ihre eigentliche Trägerarbeit zur Verfügung.

Vielfalt mit Vielfalt-Gegnern leben?

Aber wie ist es, wenn Mütter oder Väter, deren Kinder bereits zur Gruppe gehören, sich plötzlich rassistisch, homo- oder frauenfeindlich äußern? Ist es möglich, einerseits »klare Kante« zu zeigen, was das Verhalten und Äußerungen der Eltern innerhalb der Einrichtung betrifft, also deutlich Grenzen zu setzen und bei Nichteinhaltung auch den Ausschluss zu vollziehen – und andererseits am Wohl des Kindes orientiert zu bleiben? Denn der Ausschluss könnte schließlich bedeuten, dass die Chance vertan wird, gerade diesem Kind eine Kultur der Vielfalt und Partizipation als Gegenentwurf zu familiären Prägungen erlebbar zu machen. Viele Einrichtungen stünden bei solchen Entscheidungen vor einem Dilemma.

Auf diese und viele andere Problematiken geht die Broschüre »Ene mene muh – und raus bist du – Ungleichwertigkeit und frühkindliche Pädagogik«[5] der Amadeu-Antonio-Stiftung ausführlich ein. Sie sensibilisiert für den Umgang mit Kindern, Eltern und Kolleg*innen und bietet anhand von Praxisbeispielen Orientierung. Zur Erweiterung der eigenen Handlungssicherheit möchten wir sie Eltern und Fachkräften ausdrücklich weiterempfehlen.

1 Index für Inklusion in Kindertageseinrichtungen: Gemeinsam leben, spielen und lernen
Hrsg: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Frankfurt 2017
Zu bestellen unter www.gew.de

2 Leitfaden zur Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes
Hrsg.: BAGE – Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen e. V., Berlin 2018
Zu bestellen unter www.bage.de

3 Qualitätshandbuch für Vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung in Kitas
Hrsg.: Institut für den Situationsansatz/Fachstelle Kinderwelten, Berlin 2016
Zu bestellen unter www.situationsansatz.de

4 Infos zum Programm: »Hannoversche Kindertagesstätten auf dem Weg zur Inklusion«
https://e-government.hannover-stadt.de/lhhsimwebre.nsf

5 Ene mene muh – und raus bist du – Ungleichwertigkeit und frühkindliche Pädagogik
Hrsg: Amadeu-Antonio-Stiftung, Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus, Berlin 2017
Download unter www.amadeu-antonio-stiftung.de

Die Autorinnen Prof. Dr. Meike Sophia Baader und Katharina Riechers (M. A.) sind an der Stiftung Universität Hildesheim im Projekt »Inklusive Elterninitiativen« (IKE) des Forschungsverbunds »Inklusive Bildungsforschung der frühen Kindheit« tätig. Praxispartnerin des Projekts ist die lagE e.V.

Elterninitiativen als Thema der Kindheits- und Bildungsforschung

Inklusion und Vielfalt mit Eltern Hand in Hand gestalten

Laut Bundesamt für Statistik (2018/2019) sind von den bundesweit 55.933 verzeichneten Kindertagesbetreuungseinrichtungen aktuell 4.343 Einrichtungen Elterninitiativen, was knapp acht Prozent entspricht. In Niedersachsen machen Elterninitiativen derzeit knapp zehn Prozent aller Kindertageseinrichtungen aus und in Bremen stellen sie sogar etwas mehr als ein Viertel aller Einrichtungen. Schon anhand dieser Zahlen wird deutlich: Elterninitiativen sind und bleiben relevante Akteure in Feld der frühen Bildung, Betreuung und Erziehung.

Umso unverständlicher ist es, dass Elterninitiativen gegenwärtig immer noch einen chronisch unterforschten Bereich markieren *(vgl. Baader 2014)*. Jüngste Forschungsperspektiven *(Baader/Bollig 2019)* befassen sich mit Eltern als Akteuren einer geteilten Wohlfahrtsproduktion im Bereich der institutionalisierten Kindertagesbetreuung; sie verweisen mit ihrer multi-aktorialen Perspektive auf die aktive Beteiligung der Eltern und ihre gestaltende Rolle. Unter diesem Gesichtspunkt geraten auch Elterninitiativen in den Blick. Als privat verantwortete Einrichtungen der öffentlichen Kindertagesbetreuung können sie als »institutionalisierte Formen der geteilten Wohlfahrtsproduktion« bezeichnet werden *(ebd., S. 142)*; der 14. Kinder- und Jugendhilfebericht beschreibt sie als »Grenzgänger« und »Hybride« *(BMFSFJ 2013, S. 66/69)*. Baader/Bollig *(2019)* unterscheiden bezüglich der Beiträge der Eltern zur Wohlfahrtsproduktion zwischen individuellen und kollektiven Beiträgen. Auf der individuellen Ebene handeln Eltern als private Akteur*innen; ihr Fokus liegt dabei auf dem eigenen Kind, dem beispielsweise die bestmöglichsten Aufwachsens- und Entwicklungsbedingungen geboten werden sollen. Auf der kollektiven Ebene handeln die Eltern gemeinschaftlich, das heißt als Kollektiv einer (institutionalisierten) Gruppe von Eltern, deren Handlungen öffentlich auf die Gruppe der Kinder und das Feld der Kindertagesbetreuung einwirken (etwa durch die Einflussnahme auf Angebote der pädagogischen Praxis, aber auch auf politische und pädagogische Rahmenbedingungen).

Auch wenn in den Elterninitiativen heute im Vergleich zu ihrer Entstehungsphase um 1970 eine stärkere Abgrenzung der Rollen von Eltern und pädagogischen Fachkräften vorherrscht, zeichnen sie sich weiterhin durch eine spezifische, besonders enge Zusammenarbeit aus. Begründet durch staatliche Vorgaben und Standardsetzungen (zum Beispiel Bildungspläne, Kinderschutzgesetz oder Hygienevorschriften) erfahren die kollektiven Beiträge der Eltern mittlerweile gewisse regulierende Begrenzungen, die sie auf bestimmte (vorrangig außer-pädagogische) Bereiche beschränken. Dennoch bieten Elterninitiativen nach wie vor einen einzigartigen Rahmen, in dem sich Eltern und pädagogische Fachkräfte Verantwortung teilen, sich über kollektive geteilte Praktiken produktiv organisieren und einen Raum schaffen, in dem sich auch die Kinder aktiv in die Gestaltung der Einrichtungen und den pädagogischen Alltag einbringen können.

Elterninitiativen haben es von jeher verstanden, sich als gesellschaftspolitisch relevante Akteure für bestimmte Themen stark zu machen. Als übergreifende Interessenvertretungen der Elterninitiativen haben dabei besonders die Dachverbände und Kontaktstellen an Bedeutung gewonnen, die als Multiplikatoren die Wünsche und Bedarfe von Kindern, Familien und pädagogischen Fachkräften auf der politischen Ebene positionieren. Neben besseren Rahmenbedingungen für die Kinder und Fachkräfte im pädagogischen Alltag engagieren sich Elterninitiativvereine in zahlreichen Bereichen; dazu zählt unter anderem

auch die Umsetzung des seit 2009 rechtlich verankerten Anspruchs auf »inklusive« Bildung *(vgl. Baader/Riechers 2018)*. Im Rahmen des Projekts »Inklusive Elterninitiativen« (IKE) erforscht ein Forscherinnenteam der Universität Hildesheim derzeit in enger Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen (lagE), wie niedersächsische Elterninitiativen zu den Themen Vielfalt und Inklusion stehen, wie sie diese in ihrem pädagogischen Alltag (er)leben und welche Potenziale und Herausforderungen sie in diesem Kontext identifizieren. Seit vergangenem Sommer führt das Projektteam zu diesem Zweck Interviews mit Einrichtungsleitungen und Teams von Elterninitiativen sowie mit Vorstandsmitgliedern und Mitarbeitenden der regionalen Dachverbände, Kontaktstellen und Verbundträger.

Die bisherigen Analysen des bereits erhobenen Materials verschaffen einen ersten Überblick über die Auseinandersetzung der Elterninitiativvereine mit der Inklusionsthematik und geben Einblicke in ihr Verständnis von Inklusion und Vielfalt. Die befragten Vereine lehnen es mehrheitlich ab, Inklusion – wie es leider noch allzu häufig in der öffentlichen Auseinandersetzung passiert – auf die Kategorie »Behinderung« zu reduzieren und sprechen sich stattdessen für ein weites Inklusionsverständnis aus, dessen Fokus auf der individuellen Vielfalt aller Kinder liegt. Das heißt, alle Kinder werden, unabhängig von Förderbedarfsdiagnosen oder sonstigen Etikettierungen, als individuelle Persönlichkeiten verstanden, die sich durch ebenso individuelle Bedürfnisse auszeichnen; diese gilt es im pädagogischen Alltag zu berücksichtigen. Vor diesem Hintergrund bedeutet Inklusion, jede Form von Vielfalt – die der Kinder und Familien gleichermaßen wie die der Mitarbeitenden – im Blick zu haben. Ziel ist es, Vielfalt im aktiven Miteinander sichtbar beziehungsweise erlebbar zu machen – im besten Fall, ohne dass sie gesondert betont werden muss.

Der Integrations- und Inklusionsdiskurs wird von den Befragten als Prozess der öffentlichen Auseinandersetzung mit vielfältigen Lebenslagen verstanden, der durch die in ihm handelnden Akteur*innen erschaffen und gestaltet wird und damit permanenten Veränderungen unterliegt. Inklusion bedeutet für sie daher einen fortwährenden unabgeschlossenen Prozess – ein sich »auf den Weg machen« – der sich sowohl auf der individuellen als auch auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene bewegt. Dabei variieren das Inklusionsverständnis und der Umgang mit der Thematik in Abhängigkeit vom individuellen Grad der reflexiven Auseinandersetzung mit ebenjener.

> »Wir können das nicht, ja, abschließend bearbeiten, sondern es muss ein Prozess sein und da [sind] verschiedenste Aspekte zu betrachten. […, d. h.] hinzugucken, und das erstmal in den Teams auch anzusiedeln, um dieses Verständnis – was verstehen wir unter Inklusion, wie leben wir das, woran ist es in unserer Einrichtung sichtbar – wirklich in die kleinsten Systeme reinzugeben, um ein Handwerkszeug zu haben, sich mit solchen Fragestellungen erstmal auseinanderzusetzen.«

Sich auf diesen Weg einzulassen bedarf »Offenheit, Aufmerksamkeit und Zeit«. Pädagogische Fachkräfte müssen daher Raum und Zeit haben, ihr Denken und Handeln vor dem Hintergrund »Inklusion« reflektieren zu können. Sie müssen befähigt werden, ihren eigenen Standpunkt und ihre Handlungspraxen zu hinterfragen und sich – im Team und auch mit Eltern und Kindern – in einem kontinuierlichen Austausch- und Reflexionsprozess kritisch mit den Strukturen der eigenen Einrichtung auseinanderzusetzen. Auf der individuellen Ebene beginnt der Reflexionsprozess häufig mit einem »Aha-Erlebnis«, etwa durch die Konfrontation mit einer besonderen Herausforderung im pädagogischen Alltag, oder durch Denkanstöße im Rahmen von Fortbildungen oder Fachberatungen, bei denen die Teilnehmenden beispielsweise für exkludierende Mechanismen sensibilisiert werden.

Deutlich wird: in vielen Elterninitiativen wird »per se schon inklusiv« gehandelt, jedoch ohne, dass es von den Handelnden immer bewusst reflektiert oder forciert wird. Über den gemeinsamen dialogischen Austausch kann ein weites Inklusionsverständnis geformt und geschärft werden. Die in den Elterninitiativen durch die enge Zusammenarbeit aller Beteiligten

gegebene Nähe wird in verschiedenen Interviews als ein inklusionsförderlicher Aspekt benannt. Durch das enge Miteinander kann bei Kindern, Eltern und Mitarbeitenden ein Verständnis für die individuellen Bedürfnisse und Lebenssituationen ihrer Mitmenschen entstehen, das sich im besten Fall auch auf andere Situationen übertragen lässt, und damit einen Solidarisierungseffekt befördern kann.

» Das ist eine große Chance, finde ich, der Elterninitiativen, durch diese Nähe, die man hat, erzwungenermaßen – Ne, man arbeitet halt so eng zusammen – auch der Erwachsenen untereinander. […] Ich kriege alles mit, und dadurch entsteht ein Verständnis. Und dieses Verständnis dann zu haben und auf anderes zu übertragen, das finde ich ganz wichtig.«

Hinsichtlich der aktuell gegebenen Rahmenbedingungen im (früh-)pädagogischen Bereich verweisen die befragten Vereinsmitglieder auf eine Vielzahl an Hemmnissen, die von der Bildungs- und Sozialpolitik »angepackt« werden müssen, um langfristig ein »inklusive(re)s« Arbeiten zu ermöglichen. Sie fordern bessere finanzielle und personelle Grundbedingungen – das heißt einen besseren Personalschlüssel und/oder kleinere Gruppengrößen sowie mehr Verfügungszeit – und betonen, dass die Arbeit im (früh-)pädagogischen Bereich eine grundsätzliche Aufwertung erfahren muss, um dem bereits spürbaren Fachkräftemangel zukünftig nachhaltig entgegenwirken zu können. In Hinblick auf die integrative Betreuung von Kindern mit besonderem Förderbedarf wird Kritik bezüglich der derzeit praktizierten Etikettierungspraxis zur Gewährung zusätzlicher Fördermittel laut, die einen Widerspruch zum weiten Inklusionsverständnis darstellt und für die pädagogischen Fachkräfte zusätzliche kräftezehrende Verwaltungstätigkeiten bedeutet.

Doch auch angesichts dieser zahlreichen »Baustellen« mahnen die Elterninitiativvereine an, nicht zu resignieren und die »Hände in den Schoß [zu] legen«, sondern selbst aktiv zu werden – also die Möglichkeiten der eigenen Einrichtung und der eigenen pädagogischen Praxis vor Ort zu reflektieren und im gegebenen Rahmen Dinge zu verändern und inklusiver zu gestalten.

» Wir können nicht warten, dass die Rahmenbedingungen irgendwann optimal sind und so lange die Hände in den Schoß legen. Das geht auch nicht, das ist auch nicht der richtige Weg, immer drauf zu [warten]: ›Ja, aber wir würden ja gerne! Ja, aber!‹ Sondern zu gucken, an welchem Punkt können wir schon mal ansetzen. Auch ohne, dass die Rahmenbedingungen sich jetzt geändert haben. Und es gibt immer Punkte, an denen man ansetzen kann.«

Im kommenden Sommer endet das Projekt »Inklusive Elterninitiativen« nach seiner dreijährigen Förderphase. Die Forschungsergebnisse werden unter anderem im Rahmen der 2020 stattfindenden Abschlusskonferenz des Forschungsverbunds »Inklusive Bildungsforschung als multidisziplinäre Herausforderung« an der Universität Hildesheim vorgestellt; der Verbund lädt in diesem Zuge außerdem zu einer bildungspolitischen Konferenz ein, bei der Vertreter*innen aus Politik, Wissenschaft und pädagogischer Praxis über Herausforderungen und Handlungsoptionen eines inklusiven Bildungs- und Betreuungssystems in einen direkten Austausch treten können.

Die im Text genannten Zitate entstammen Interviews, die im Rahmen des Projekts »Inklusive Elterninitiativen (IKE)« mit Leitungen/Teams niedersächsischer Elterninitiativen sowie Mitarbeitenden/Vorstandmitgliedern von Kontaktstellen, Verbundträgern und Dachverbänden geführt wurden. Ziel des Projekts ist es, zu erfassen, wie Elterninitiativen zu den Themen Inklusion und Vielfalt stehen und wie sie diese in ihrem pädagogischen Alltag (er)leben. Für weitere Informationen: https://www.uni-hildesheim.de/inklusive-bildungsforschung/teilprojekte/ike/

Literatur:

Baader, Meike Sophia (2014): Die reflexive Kindheit. In: Meike S. Baader; Florian Eßer; Wolfgang Schröer (Hg.): Kindheiten in der Moderne. Eine Geschichte der Sorge. Franfurt am Main: Campus Verlag, S. 414 – 455.

Baader, Meike Sophia; Bollig, Sabine (2019): »Elternbeiträge«: Eltern als individuelle wie kollektive Wohlfahrtsproduzenten im Feld der frühen Bildung, Betreuung und Erziehung. In: ZSE, 39. Jg. 2019, H 2. Weinheim: Beltz Juventa, S. 134 – 151.

Baader, Meike Sophia; Riechers, Katharina (2018): Kitas in Selbstorganisation: Elterninitiativen gestern – heute – morgen. In: Kita aktuell, 26. Jg., KiTa ND. Köln: Carl Link, S. 224 – 226.

BMFSFJ (2013): 14. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Drucksache 17/12200, Deutscher Bundestag 17. Wahlperiode.

Bundesamt für Statistik/DESTATIS (2018/2019): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 01.03.2018. (Stand 14.03.2019) Wiesbaden: Statistisches Bundesamt. Online verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Kindertagesbetreuung/_inhalt.html Zugriff am 02.04.2019.

Kinder, »die behindert werden«

Zugangsbarrieren in der frühkindlichen Bildung

Um den derzeitigen Umsetzungsstand von Inklusion in niedersächsischen Tageseinrichtungen für Kinder zu betrachten, lohnt es sich, einen Blick auf die Zugangsmöglichkeiten von Kindern mit Behinderungen zum allgemeinen Bildungssystem zu werfen. Letztlich ist deren menschenrechtlich begründeter Anspruch, beziehungsweise die Forderungen der weltweiten Selbsthilfebewegung von Menschen mit Behinderung der entscheidende Motor für den gesellschaftlichen Paradigmenwechsel in Richtung Inklusion. Die Verwendung des »großen« Inklusionsbegriffs darf also nicht dazu führen, dass ausgerechnet die Kinder mit Behinderungen wieder »außen vor« bleiben.

Welche Rahmenbedingungen gibt also das Land vor, um ein inklusives Bildungssystem zu schaffen und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse herzustellen? Welche »angemessenen Vorkehrungen[1]« treffen die Kommunen, um jedem Kind mit Bedarf an heilpädagogischer Unterstützung einen Platz in der wohnortnahen Kita anzubieten? Im Aktionsplan Inklusion wird als Ziel der niedersächsischen Landespolitik benannt, dass in Bildungseinrichtungen »alle mitkommen können, niemand ausgegrenzt wird[2]«. Der Aktionsplan Inklusion nimmt (genau wie dieser Text) die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ausdrücklich in den Fokus.

Inzwischen wird übrigens zwischen den Begriffen differenziert: ein Mensch hat körperliche, seelische, geistige oder Sinnes*beeinträchtigungen,* die zu ihm gehören als persönliche Eigenschaft. Die *Behinderung* entsteht dadurch, dass es Barrieren in seiner Umwelt gibt. Folgerichtig korrekt wäre also die Bezeichnung »Kinder die behindert *werden*«. Aus Gründen der Lesbarkeit verwenden wir hier weiterhin auch den Begriff Behinderung, haben dabei aber die Umweltfaktoren immer im Hinterkopf.

In diesem Sinne geht es für den Kitabereich um folgende Fragen:

1 Welches Platzangebot finden Eltern vor Ort für ihr Kind mit Beeinträchtigung?

Laut Bertelsmann Ländermonitor von 2017[3] wurden in Niedersachsen 51,4 Prozent der Kinder mit Behinderungen in reinen heilpädagogischen Kitas oder -Gruppen betreut. In keinem Bundesland liegt der Anteil höher, der Bundesdurchschnitt beträgt 12,8 Prozent. In vielen anderen Bundesländern ist diese Einrichtungsform bereits ganz oder teilweise abgeschafft. Eltern in Niedersachsen können häufig nicht frei entscheiden, ob sie für ihr Kind einen Integrationsplatz in der „normalen« Kita vor Ort wählen oder lieber den Schonraum der Kleingruppe. Sie müssen den Platz nehmen, den es gibt. Und das ist häufig der Kitaplatz im Sonderkindergarten am Stadtrand. Der heilpädagogische Kindergarten hat oft ein hochwertiges pädagogisches Angebot, doch kann er den Kindern keinen Kontakt zu Kindern ohne Behinderung ermöglichen. Deren Begegnung in Bildungseinrichtungen findet dann erst bei der Einschulung statt – eine große Chance für das frühe gemeinsame Lernen wird so vertan. Auch haben die Eltern, die meist aufgrund der weiten Wege in eine heilpädagogische Kita Fahrdienste nutzen und deshalb selten vor Ort sind, nur wenig Austausch mit den Fachkräften oder anderen Eltern.

Im KitaG steht in §3(7): »Kinder, die eine wesentliche Behinderung (…) haben und leistungsberechtigt (…) sind, sollen nach Möglichkeit in einer ortsnahen Kindertagesstätte (…) gemeinsam mit Kindern ohne Behinderung in einer Gruppe betreut werden.« Aus dieser wenig verbindlichen Soll-Bestimmung meinen manche Kommunen immer noch ableiten zu können, dass sie die Familien an die vorhandenen heilpädagogischen Kitas verweisen können. Oft werden die Kinder sogar mit Taxis in die Nachbargemeinde gebracht. Dabei sind die Kommunen im gleichen Paragrafen dazu aufgefordert, als örtlicher Träger auf die gemeinsame Betreuung, Erziehung und Bildung *hinzuwirken*. Das im Artikel 24 der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen[4] erneut formulierte Menschenrecht auf Zugang zum allgemeinen Bildungssystem wurde von Deutschland bereits 2009 ratifiziert. Der UN-Fachausschuss forderte nach seiner Staatenprüfung[5] unmissverständlich den Abbau segregierender Bildungseinrichtungen.

Der Zugang von Kindern mit Behinderung in die wohnortnahe Kita lässt sich über die Festschreibung eines Rechtsanspruchs im KitaG ermöglichen – ähnlich wie in Thüringen oder Sachsen-Anhalt. Dies würde die Kommunen in die Pflicht nehmen, ein bedarfsdeckendes Angebot zu schaffen und Eltern notfalls den Klageweg erleichtern. Die aktuelle Soll-Bestimmung hat nicht zu nennenswerten Verbesserungen geführt.

2 Ist der Umfang der heilpädagogischen Förderung in Integrationsgruppen ausreichend auch für Kinder mit hohem Unterstützungsbedarf?

Der zeitliche Umfang der heilpädagogischen Förderung in Integrationsgruppen ist derzeit über Pauschalen geregelt. In der Regel kommen pro Kind zehn Wochenstunden Heilpädagogik[6] in die Gruppe. Für die Förderung der meisten Kinder – zumal in der integrativen Kindergartengruppe mit einer heilpädagogischen Fachkraft in Vollzeit – ist diese Unterstützung ausreichend. Es gibt aber auch Kinder, deren Bedarfe höher sind: zum Beispiel Kinder mit frühkindlichem Autismus oder mehrfachen Behinderungen.

Zum Vergleich: Die heilpädagogischen Kindergärten erhalten für Kinder mit frühkindlichem Autismus eine Pauschale laut Hilfebedarfsgruppe 2[7]. In der integrativen Gruppe gibt es keine Bedarfsgruppen. Diese Ungleichbehandlung ist nicht nachvollziehbar. Um diese Kinder nicht auszuschließen (wovon wir als lagE leider immer wieder hören), brauchen die Einrichtungen selbst ein **Verfahren, das ihnen ermöglicht, einen Mehrbedarf zu beantragen.** Sie müssten berechtigt sein, für höhere Zuwendungen einzutreten. Bisher müssen Eltern dies beantragen und im Falle einer Ablehnung den Mut und die Zeit zur Klage vor dem Sozialgericht aufbringen. Das Bundesteilhabegesetz fordert die Prüfung des individuellen Bedarfs an Eingliederungshilfe. Die Teilhabebeeinträchtigung des Kindes in seinem konkreten Umfeld soll so ausgeglichen werden. Mit der derzeitigen pauschalen Leistungsbemessung ist dieser Anspruch aus unserer Sicht nicht vereinbar. Wir sind gespannt auf die Umsetzung der nächsten Stufe des Bundesteilhabegesetzes im Jahr 2020.

3 Gibt es Möglichkeiten, den im laufenden Kita-Jahr festgestellten Anspruch eines Kindes auf Eingliederungshilfe sicherzustellen?

Ein Kind, dessen erhöhter Förderbedarf erst im laufenden Kita-Jahr festgestellt wird, »darf« in vielen Einrichtungen inzwischen in der Gruppe verbleiben. Meist wird bis zum neuen Kita-Jahr ambulante Hausfrühförderung im Umfang von einer oder zwei Wochenstunden bewilligt. Die umfangreichere teilstationäre Eingliederungshilfe, auf die das Kind formal nach Feststellung des Bedarfs sogar rückwirkend ab Antragstellung einen Anspruch[8] hat, wird erst zum nächsten Kindergartenjahr gewährt. Denn sie ist an eine veränderte Betriebserlaubnis gekoppelt. Das Kind und die Kita erfahren weder die Unterstützung durch eine zusätzliche heilpädagogische Fachkraft, noch ist eine Entlastung durch Reduzierung der Plätze möglich. **Hier fehlt eine Übergangslösung, die eine bedarfsdeckende heilpädagogische Förderung bis zur Erteilung der Betriebserlaubnis gewährleistet.**

4 Ist die heilpädagogische Förderung im Krippenbereich mit den derzeitigen Pauschalen umsetzbar?

Mit der Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz wurden erfreulicherweise keine »Sonder«-Krippen in Niedersachsen gegründet. Dass das im Umkehrschluss die Kommunen dazu verpflichtet, auch für Kinder mit Behinderungen integrative Plätze zu schaffen, scheint nicht überall angekommen zu sein. Auch hier fehlt ein gesetzlich verankerter Rechtsanspruch. Der Verein für Inklusion Mittendrin Hannover e. V. berät derzeit mehrere Eltern, denen das Jugendamt aufgrund der Behinderung ihres Kindes keinen Krippenplatz bietet oder stattdessen eine Tagespflegeperson empfohlen hat. Bei Tagesmüttern oder -vätern, die meist geringer pädagogisch qualifiziert sind, ist aber keine zehnstündige heilpädagogische Förderung, wie in der Krippe, sondern nur ambulante Frühförderung möglich.

Seit 2012 sind die Rahmenbedingungen für Integration in Krippen geregelt. Für die heilpädagogische Förderung der Kleinkinder in den integrativen Krippen sind nur zehn bis zwölf Stunden wöchentlich vorgesehen. Eine angemessene Begleitung der Kinder in dieser wichtigen, frühen Entwicklungsphase ist damit nur schwer möglich. Bei der Aufnahme eines einzelnen Kindes mit Behinderung wird beispielsweise die Gruppe von 15 auf 14 Kinder reduziert und eine heilpädagogische Fachkraft für zehn Wochenstunden finanziert. Solche Bedingungen möchten Expert*innen weder aus Sicht der Kinder noch der Fachkräfte empfehlen. Die Stunden reichen nicht aus, denn auch die Teamarbeit und Zusammenarbeit mit Eltern sind anspruchsvoll. Darüber hinaus ermöglicht die gezahlte Pauschale nur die Beschäftigung einer Berufsanfänger*in. Dies benachteiligt Kitas, die erfahrene Kräfte einstellen wollen. Bei der Einführung der integrativen Krippen wurde von einem landesweiten Platzbedarf von 1.500 Kindern ausgegangen. Tatsächlich sind es wesentlich weniger Kinder, man könnte also die finanzielle Ausstattung des einzelnen Platzes aufstocken und würde das ursprüngliche Budget vermutlich nicht ausschöpfen.

Einzelintegration in Waldkindergärten

Zu den seit vielen Jahren erfolgreichen und sehr beliebten pädagogischen Konzepten der lagE-Mitglieder gehören auch die Natur- und Waldkindergärten. Die langjährigen Erfahrungen aller Beteiligten zeigen, dass diese innovativen Bildungseinrichtungen eine ganz besondere Qualität hervorbringen: Die Kinder können Erfahrungen in und mit der Natur machen, die viele von ihnen ein Leben lang positiv begleiten werden. Seit fast zwei Jahren steht diese Einrichtungsform auch für Kinder mit besonderem Förderbedarf offen. Durch eine Erhöhung der Kernbetreuungszeit auf fünf Stunden können Waldkindergärten Kinder im Rahmen einer Einzelintegrationsmaßnahme aufnehmen. Wir möchten Einrichtungen und Familien ermutigen, von dieser neuen Möglichkeit Gebrauch zu machen. Gerade die große Verfügbarkeit von Raum und die Reichhaltigkeit der zur Verfügung stehenden Spielmaterialien und Lerngelegenheiten können die Entwicklung von Kindern mit und ohne Beeinträchtigung positiv beeinflussen und zivilisationsbedingten Stress reduzieren.

Die lagE fordert eine bedarfsgerechte heilpädagogische Versorgung der Krippenkinder mit Beeinträchtigung sowie eine Anpassung des zugrunde gelegten Stundensatzes, damit auch erfahrene Kräfte eingestellt werden können. Auch für die Altersgruppe der Kinder unter drei Jahren ist ein Rechtsanspruch festzuschreiben.

5 Gibt es andere Bereiche, in denen Kita-Kinder mit Beeinträchtigungen weiterhin benachteiligt werden?

In Niedersachsen haben Kinder ab dem ersten Lebensjahr einen Anspruch auf einen Ganztagsplatz in der Krippe. Dieser integrative Krippenplatz ist – je nach Einkommen – kostenpflichtig. Nach dem dritten Lebensjahr fallen keine Elternbeiträge für die Ganztagsbetreuung mehr an, allerdings besteht der Rechtsanspruch nur für vier Stunden täglich. Für Kinder mit Behinderungen gelten weitere Regelungen: Sie haben einen Anspruch auf mindestens fünf Stunden tägliche Betreuungszeit. Diesen Mindest-(nicht Höchst)umfang nehmen viele Träger zum Anlass, Kindern mit heilpädagogischem Unterstützungsbedarf keine Ganztagsplätze im Kindergarten anzubieten. Vielerorts sind die Integrationsgruppen im Kindergarten nur ¾-Gruppen. Oder die Kinder mit Behinderung müssen täglich früher als die anderen Kinder abgeholt werden, weil die Heilpädagog*in nachmittags nicht mehr in der Gruppe ist. Die Argumentation ist dabei in Ansätzen durchaus plausibel: Die Pauschalen waren für die fünfstündige Betreuung gerechnet, nun könne man nicht so tun, als wäre mit dem gleichen Personaleinsatz eine über achtstündige Versorgung sicherzustellen. Dass die Unterversorgung so jedoch auf dem Rücken der Familien lastet, ist nicht hinnehmbar. Die meisten Kita-Teams betrachten die Begleitung der Kinder mit Förderbedarf längst nicht mehr als Aufgabe der heilpädagogischen Fachkraft allein, sondern betreuen und fördern sie als multiprofessionelles Team gemeinsam. Dafür ist neben der heilpädagogischen Kompetenz auch ein guter Fachkraft-Kind-Schlüssel erforderlich. **Im Sinne einer Weiterentwicklung der Tageseinrichtungen in Richtung Inklusion fordert die lagE daher die Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels zum Beispiel durch kleinere Gruppen oder die Einführung einer dritten Kraft in Kindergartengruppen.**

Eine weitere Ungleichbehandlung findet derzeit noch beim Essensgeld statt: In den meisten Kommunen zahlen alle (anderen) Eltern einen Pauschalbeitrag, der je nach Einkommen ermäßigt wird. Eltern von Kindern mit Behinderung jedoch werden in Höhe ihrer »häuslichen Ersparnis« zur Kasse gebeten. Das bedeutet, dass für sie zum Teil über 50 Prozent höhere Beiträge zum Mittagessen fällig werden. Für die Träger kommt ein aufwändiges Erstattungsverfahren im Fall von Abwesenheiten hinzu. **Wir fordern deshalb, bezüglich des Essensgeldes die Regelungen der Jugendhilfe auf alle Kinder anzuwenden.**

In Niedersachsen gibt es viele gute integrative Kitas, die über einen gewachsenen Erfahrungsschatz in der Arbeit mit vielfältigen Kindergruppen verfügen. Diese Ressource zu bewahren und dennoch den Rechtsanspruch auf einen Platz im allgemeinen Bildungssystem umzusetzen, ist eine große Aufgabe. Elterninitiativen leisten weiterhin ihren Beitrag dazu.

1 Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung fordert alle Stellen staatlicher Gewalt, also auch die Kommunen zu angemessenen Vorkehrungen gegen Diskriminierung auf.
2 www.ms.niedersachsen.de, Aktionsplan Inklusion
3 www.laendermonitor.de/de/vergleich-bundeslaender-daten/kinder-und-eltern/inklusion
4 www.behindertenbeauftragter.de
5 www.institut-fuer-menschenrechte.de CRPD, Abschließende Bemerkungen
6 Dies trifft auf Einzelintegration und die Integrationsgruppe mit 4 Kindern mit Förderbedarf zu. Bei weniger Kindern ist der Stundenanteil pro Kind höher.
7 Ergänzungsvertrag zum Fortführungsvertrag LRV III.Vertrag/Anlage A 2019
8 §18 SGB XII

Gleiche Förderung nur auf dem Klageweg?

Heilpädagogische Leistungen mit zweierlei Maß

In Niedersachsen wird bei den heilpädagogischen Leistungen für Kindergartenkinder mit Behinderung mit zweierlei Maß gemessen. In Zeiten von Inklusion fragen sich die engagierten Mitarbeiter*innen einer Integrationskita, warum für ein Kind mit sehr hohem Unterstützungsbedarf dem heilpädagogischen Kindergarten mehr Ressourcen zur Verfügung stehen.

Max* ist vier Jahre alt und besucht seit August 2016 eine integrative Elterninitiative in Niedersachsen. Für ihn sind es die ersten Gruppenerfahrungen. Max hat frühkindlichen Autismus und benötigt intensive Begleitung, um mit den anderen Kindern in Kontakt zu kommen. Wenn er sich selbst überlassen ist, läuft er ziellos durch den Raum oder spielt sehr gleichförmig mit seinem Lieblingsspielzeug, einem kleinen Auto. Manche Situationen oder alltägliche Anforderungen des Gruppenlebens scheinen Max große Schwierigkeiten zu bereiten, er reagiert dann mit lautem Schreien und schlägt um sich.

Max' Eltern waren sehr froh über diesen wohnortnahen Kitaplatz für ihren Sohn. Dass ihr Sohn anders spielt und weniger Kontakt aufnimmt als andere Kinder, war ihnen schon früh aufgefallen. Die Diagnose frühkindlicher Autismus wurde kurz vor dem Kindergarteneintritt bestätigt. Eine Einrichtung, in der ausschließlich Kinder mit ähnlichen Behinderungen betreut werden, wäre für sie nicht in Frage gekommen. Hier freuen sie sich, zu sehen, wie ihr Kind in kleinen Schritten lernt, sich auf das Miteinander und die Nähe zu den anderen Kindern einzulassen, wie er Kontakt aufbauen kann und mehr und mehr lernt, in der »normalen« Welt zurechtzukommen.

Die Kita hat schon seit Jahrzehnten Erfahrungen in der integrativen Arbeit. Kinder mit unterschiedlichsten Unterstützungsbedarfen wurden hier in ihrer Entwicklung begleitet. Das Team bildet sich regelmäßig fort und nutzt bereits Fach- und kollegiale Beratung, Supervision sowie Marte Meo *(siehe Infokasten auf Seite 27)*. In diesem Kindergartenjahr werden außer Max noch zwei weitere Kinder mit Förderbedarf betreut.

Für dieses Kind braucht die Kita einfach mehr Zeit

Im Umgang mit Max kamen nun die Fachkräfte erstmals an ihre Belastungsgrenze: Aufgrund der Besonderheiten in Max' Kommunikationsverhalten war die Heilpädagogin fast während der ganzen Betreuungszeit mit seiner Begleitung beschäftigt. Durch die videogestützte Beratung einer Marte-Meo-Therapeutin konnten die Mitarbeiterinnen bereits ihr Handlungsrepertoire im Umgang mit Max erweitern und auf seine Bedürfnisse abstimmen. Aber: Eine Person musste fast durchgängig an Max' Seite sein, damit Max und die anderen Kinder miteinander auskommen konnten. Bald wurden kleine Erfolge sichtbar. Eins war aber schnell allen deutlich: Diese intensive heilpädagogische Arbeit wäre auf gleichem Niveau nur mit zusätzlichen Personalstunden fortzusetzen.

Das Team bedauerte, sich nicht selbst als Einrichtung beim Kostenträger für eine Erhöhung der Personalzuschüsse einsetzen zu können. Max' Eltern mussten davon überzeugt werden, einen solchen Antrag zu stellen. Die vorhandene finanzielle Ausstattung des Integrationsplatzes war schlicht nicht ausreichend für seinen Bedarf. Mit diesem Antrag, der über die pauschalierte Leistung der Eingliederungshilfe hinausgeht, begann für Eltern und Kita ein kräftezehrendes Jahr mit unzähligen Telefonaten und Schriftwechseln mit den verschiedenen

beteiligten kommunalen und niedersächsischen Verwaltungsstellen. Eine rechtswirksame Entscheidung schien niemand treffen zu wollen, immer wieder wurden neue Nachweise angefordert. Zusätzlich zur Überlastung im pädagogischen Alltag mussten nun die Fachkräfte diesen »Behördenmarathon« bewältigen. Die Eltern allein wären damit heillos überfordert gewesen.

Das Sozialgericht entscheidet: Mehr Personalstunden für Max

Letztlich dauerte es fast ein Jahr, bis nach Beschreitung des Klagewegs eine Personalstelle aufgestockt werden konnte: zehn zusätzliche Wochenstunden wurden bewilligt. Obwohl die Kita nie die Absicht hatte, Max auszuschließen, musste den Eltern die Kündigung des Integrationsplatzes »angedroht« werden, um eine Eilentscheidung zu erwirken. Für alle Beteiligten war dieser Weg emotional hochbelastend. Aber die Anstrengung hat sich gelohnt: Nun gibt es endlich eine Person im Team, die mehr Zeit hat, Max in seinen Aktivitäten zu begleiten, Anschlussmomente zu erkennen und Kommunikation zu unterstützen. Die Heilpädagogin berichtet erfreut: »Gestern hat Max zum ersten Mal mit einem anderen Kind in der Puppenküche gemeinsam gekocht und gegessen und eindeutig auf das andere Kind reagiert. Ja – In letzter Zeit sehen wir tatsächlich Rollenspiele mit intensivem Augenkontakt. Bei unseren Singspielen orientiert er sich an den Bewegungen der anderen Kinder, ahmt diese nach, reiht sich ein und genießt es sichtlich dabei zu sein.« Diese neuen Möglichkeiten konnte Max in der engen Begleitung durch die Fachkraft entwickeln. Max' Eltern freuen sich sehr darüber. Sie fragen sich, wie es ihm in einer heilpädagogischen Einrichtung ergehen würde. Welche Spielpartner Max in einer kleinen Einrichtung ohne sogenannte »altersentsprechend entwickelte« Kinder gefunden hätte, wissen wir nicht.

Im heilpädagogischen Kindergarten gäbe es sofort mehr Geld

Fest steht, dass das Land als Kostenträger von teilstationären Maßnahmen der Eingliederungshilfe vom ersten Tag an viel mehr Geld für seine Förderung zur Verfügung gestellt hätte. Für Kinder mit frühkindlichem Autismus gilt dort die Hilfebedarfsgruppe II, deren Pauschale fast doppelt so hoch ist wie in der Integrationskita.

Wie kann es sein, dass ein Bundesland, das sich zur Umsetzung der UN-Konvention für Menschen mit Behinderung verpflichtet hat, segregierende Einrichtungen so viel besser ausstattet als die integrativen Einrichtungen im allgemeinen Bildungssystem? Wie kommt es, dass auch nach Inkrafttreten des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) die betroffenen Eltern klagen müssen? Müsste es nicht für die Einrichtung ein Verfahren geben, in dem sie begründen, warum für dieses Kind die vorhandenen Mittel nicht ausreichend

sind, damit dann die nötigen Mittel bereitgestellt werden? Das BTHG fordert die individuelle Bedarfsermittlung für Teilhabe und Partizipation. Wie diese künftig im Sinne der Menschen mit Behinderung umgesetzt wird, bleibt abzuwarten.

Abschließend ist noch wichtig zu erwähnen, dass sich von den bundesweit etwa 6.500 Plätzen in Sonderkindergärten mit über 4.300 fast zwei Drittel in Niedersachsen befinden.[1] Das Land finanziert also weiterhin ein teures Sondersystem, obwohl der UN-Fachausschuss für Menschen mit Behinderung in seinen Abschließenden Bemerkungen zum ersten Staatenbericht Deutschlands empfiehlt: »(…) den Zugang zu einem qualitativ hochwertigen, inklusiven Bildungssystem herzustellen (…) und im Interesse der Inklusion das segregierte Bildungswesen zurückzubauen.«[2]

Für Max ist die Förderung in seiner Kita zunächst gesichert. Anderen Familien mag seine Geschichte Mut machen, das Recht ihres Kindes auf Teilhabe notfalls einzuklagen.

Dieser Artikel von Birgit Rauschke erschien erstmals in der Zeitschrift Kita-Aktuell 11-2018

* Name geändert

1 Bertelsmann Länderreport, Frühkindliche Bildungssysteme 2017, S. 328

2 www.institut-fuer-menschenrechte.de CRPD Abschließende Bemerkungen

Das Bundesteilhabegesetz (BTHG)

Das Bundesteilhabegesetz trat 2017 in Kraft. Es soll für Deutschland die Forderungen der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung umsetzen, blieb dabei aber hinter den Erwartungen vieler am Prozess Beteiligter zurück. Neu ist, dass die bio-psycho-soziale Definition von Behinderung gemäß ICF zugrunde liegt: Das Zusammenwirken von Umweltfaktoren und der Beeinträchtigung eines Menschen wird in den Blick genommen. Die Partizipation und Teilhabe der Person in ihrem konkreten Umfeld soll dabei im Vordergrund stehen. In vier Reformstufen tritt das Gesetz nun bis 2023 in Kraft.

Was ändert sich in Niedersachsen für den Bereich Tageseinrichtungen für Kinder?

- Für die Sozialämter gelten neue Regelungen zur Teilhabeplanung. Mit den Eltern sollen Ziele für die heilpädagogische Förderung formuliert werden.
- Ein standardisiertes Verfahren zur Bedarfsermittlung (B.E.Ni) wurde eingeführt.
- Leistungen verschiedener Reha-Träger sollen »wie aus einer Hand« erfolgen.
- Leistungsberechtigte können eine Teilhabeplankonferenz einfordern.
- Es gibt in größeren Kommunen die Ergänzende Unabhängige Teilhabeberatung (EUTB). In den Beratungsstellen klären Berater*innen, von denen viele selbst eine Behinderung haben, Menschen mit Behinderung und deren Angehörige über ihre Rechte im Verfahren auf.
- Das SGB IX wird geändert: Ab 2020 wird die Eingliederungshilfe als eigenständiges Leistungssystem von der Sozialhilfe (SGB XII) abgekoppelt. Das niedersächsische Ausführungsgesetz soll dann die Zuständigkeit für alle Kinder mit Eingliederungshilfen bei den Kommunen verorten. Dafür sind neue Landesrahmenverträge nötig.
- Ein Teilhabeverfahrensbericht soll für Transparenz sorgen: Anträge, Ablehnungen, Bearbeitungsdauer und Fristüberschreitungen werden bundesweit dokumentiert.

Dem Anspruch, insgesamt den bürokratischen Aufwand zu verringern, wird das BTHG leider nicht gerecht. Inwiefern die Behörden vor Ort die Beteiligung der Menschen mit Behinderung umsetzen und deren Wunsch- und Wahlrecht gewährleisten, wird von Vielen kritisch beobachtet.

www.teilhabeberatung.de
www.umsetzungsbegleitung-bthg.de

Eltern machen mit

Ein Film über interkulturelle Elternarbeit

Wie Kitas und Schulen mit der Vielfalt der Familien umgehen können, zeigt aktuell ein Film aus Oldenburg, an dessen Entstehen der Verein für Kinder e. V., ein lagE-Mitglied, beteiligt war. Drei Bildungseinrichtungen geben im Film Einblicke in ihre interkulturelle Elternarbeit. Der Verein für Kinder e. V. ist Träger des Ganztagsangebots der Grundschule Kreyenbrück. Im Austausch mit einer benachbarten Kita und der weiterführenden IGS wurde deutlich, dass in allen drei Einrichtungen die Zusammenarbeit mit Eltern eine große Herausforderung darstellt. Um möglichst viele Mütter und Väter zu erreichen, wollten die Akteur*innen herausfinden, was sie als Einrichtungen dafür tun können, dass Eltern sich angesprochen fühlen und gern in die Schule kommen. Sie wollten ihre bisherigen, oft gering besuchten Veranstaltungsformate verändern. Dafür luden sie die Eltern zum Dialog ein und machten sich gemeinsam auf den Weg. In Kooperation mit dem Präventionsrat Oldenburg entstand in Regie von Jamal Pourajdari Najafabadi ein Film, der diesen Veränderungsprozess beschreibt. Die DVD »Eltern machen mit« wurde 2018 veröffentlicht. Kinder, Fachkräfte und Eltern unterschiedlicher Herkunft kommen darin zu Wort. Im Film ist ein positiver Blick auf Vielfalt spürbar, der uns neugierig gemacht hat. Um mehr zu erfahren, sind wir zum Gespräch nach Oldenburg gefahren.

Drei Bildungshäuser arbeiten eng zusammen

Die dreizügige Grundschule Kreyenbrück befindet sich in einem Stadtteil, der vor verschiedenen sozialen Herausforderungen steht. Es gibt einen hohen Anteil von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und viele von Armut bedrohte Familien. Mittendrin die Schule, ein Klinkerbau aus den 60ern, der kürzlich saniert und erweitert wurde.

Ronja Liebscher erwartet uns. Sie ist die Leiterin des Ganztags und führt uns durch das Schulgebäude. Sie zeigt uns Räume und Freiflächen und gibt uns dabei Einblicke in die Visionen und Planungen, die derzeit im Kollegium diskutiert werden. Immer wieder wird sie unterwegs von Kindern freundlich gegrüßt. Im Besprechungszimmer treffen wir Bayan Anouz als beteiligte Mutter und Ulrich Habichtsberg, den Leiter der Kita Sperberweg. Auch sie haben am Filmprojekt mitgewirkt. Die drei berichten uns von den Erkenntnissen, die sie im Laufe der Zusammenarbeit gewinnen konnten. »Es ist gut, wenn man viel über andere Kulturen weiß, aber wir haben gemerkt, dass es wichtiger ist, jeden Menschen als einzelnen Menschen und und jede Familie als einzelne Familie zu sehen,« sagt Ronja Liebscher. »Es geht immer um Anerkennung,« ergänzt Bayan Anouz,

» Man schaut hin, sobald man Begegnungen mit Menschen aus anderen kulturellen Kontexten hat. Und wer die Begegnung als Bereicherung wahrnimmt, öffnet die Tür für neue Ideen und Denkweisen.

»also, dass ich vermittle: ich sehe dich als Mensch und wir können immer voneinander lernen. Ich finde es schwierig, wenn die anderen Kulturen immer als problematisch dargestellt werden.« Die drei Praktiker*innen sind sich einig darüber, dass das Miteinander und Überwinden von Ängsten Worte braucht. Gleichzeitig sehen sie die Gefahr, dass aus Wörtern Vereinfachungen, Zuweisungen, Diskriminierungen und Hindernisse werden.

Wir fragen nach der Idee für das Filmprojekt. Ulrich Habichtsberg erinnert sich an die Anfänge: »Es ging uns in erster Linie um Beteiligung. Wie können wir Eltern noch besser ermutigen, sich einzubringen? Wie müssen wir uns dafür verändern? Die Idee, daraus einen Film zu machen, ist dabei zeitgleich entstanden.« In einer Arbeitsgruppe mit Eltern aus allen drei Häusern wurden Fragen für die Film-Interviews formuliert. Eins war von Anfang an klar: die geringe Teilnahme an Veranstaltungen in Kita und Schule ist kein Indiz für Desinteresse, sondern dafür, dass es für manche Familien noch Barrieren gab. »Unsere Eltern interessieren sich sehr wohl für die Kita oder Schule ihrer Kinder, sie möchten sich einbringen können, auch dann, wenn sie noch wenig deutsch verstehen.«

Neben sprachlichen Barrieren beeinflussen auch unterschiedliche Wahrnehmungen die Kommunikation: »Wir haben gelernt, dass es einen Unterschied macht, wenn Familien aus eher kollektivistischen Kulturen kommen. Sie nehmen möglicherweise unser deutsches Schulsystem ganz anders wahr. In manchen Ländern ist nämlich für Eltern die Beteiligung am Schulleben gar nicht üblich. Im Ursprungsland wäre sie vielleicht sogar eine Beleidigung gegenüber der Lehrkraft,« sagt Ronja. »Auch, dass Kinder sich hier im Unterricht melden sollen, ist anderswo fremd, weil es als respektlos gilt – da hilft es, miteinander über Unterschiede und Gemeinsamkeiten im Gespräch zu sein.« Oft können zu Elterngesprächen und Veranstaltungen Dolmetscher hinzukommen, um Missverständnisse zu vermeiden.

Unterschiede aushalten ohne zu bewerten

Manchmal sind es nur Kleinigkeiten, die verändert werden, aber sie entfalten große Wirkungen: Bei jeder Elternveranstaltung wird jetzt eine Phase für das Ankommen eingeplant, meist gibt es etwas zu Essen und Trinken. Mütter und Väter *aller* kultureller Hintergründe finden es angenehmer, wenn Elternabende nicht den Charakter einer Sitzung haben. Der Beginn wird in den späten Nachmittag vorverlegt und eine Kinderbetreuung angeboten. Es gibt kaum noch Formate mit Reihenbestuhlung, sondern meist eine Kreissitzordnung, die allen Anwesenden Blickkontakt ermöglicht. »Murmelphasen« zwischendurch ermöglichen Übersetzungen oder den Austausch über ein Thema.

Bayan Anouz war als Mutter am Filmprojekt beteiligt. Sie lebt mit ihrer Familie seit ein paar Jahren in Oldenburg. Heute studiert sie Pädagogik und beschäftigt sich unter anderem mit Interkulturalität. Sie berichtet von ihren Erfahrungen in Kita und Schule: »Für mich ist es wichtig, dass hier allen Eltern das Gefühl von Anerkennung gegeben werden soll. Man spürt: Wenn man, wie an dieser Schule, interkulturell arbeitet, wird man immer flexibler. Man schaut hin, sobald man Begegnungen mit Menschen aus anderen kulturellen Kontexten hat. Und wer die Begegnung als Bereicherung wahrnimmt, öffnet die Tür für neue Ideen und Denkweisen.« Sie beschreibt die Diskrepanz, die für manche Kinder entsteht, wenn sie täglich die kulturellen Unterschiede erleben – zwischen dem Schulleben mit seinen »Du«-Anforderungen einerseits und den familiären Strukturen mit Fokus auf dem »Wir« andererseits: »Für meine Kinder fand ich es immer wichtig, da den Mittelweg zu finden: weder Individualismus zu fördern noch mit dem Wir zu verschmelzen und keine eigene Stimme zu haben, sondern einfach in der Mitte zu sein.«

Kann es gelingen, im Kontakt mit den Eltern Unterschiede wahrzunehmen, auszuhalten und nicht zu bewerten? Die Wissenschaft nennt diese Fähigkeit Ambiguitätstoleranz und beschreibt sie als das Aushalten von Mehrdeutigkeiten und Gegensätzen. Eine Person kann – obwohl sie einen anderen kulturellen Hintergrund hat oder eine interkulturelle

Situation möglicherweise anders versteht – handlungs- und arbeitsfähig bleiben. »Wenn dieser Moment der Fremdheit kommt, wo ich nicht verstehe, warum mein Gegenüber so handelt – dass dann beide vielleicht einfach nur stutzig sind und nicht gleich all ihre Vorurteile bestätigt sehen,« wünscht sich Ronja. Sie habe großes Interesse daran entwickelt, sich in andere, zum Beispiel kollektivistische Kulturen hineinzudenken: »Wir hier mit unserer individualistischen Kultur, die stark auf Leistung abzielt, können da so viel lernen: die Bedeutung der Gruppe für die Kinder wird oft unterschätzt.«

Wir kommen wieder auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten, auf Stereotype zu sprechen. Warum fällt es uns leicht, innerhalb unserer eigenen Bevölkerungsgruppe die Vielfalt und Individualität von Menschen anzuerkennen, während wir andererseits dazu neigen, Menschen aus anderen Gruppen oder Kulturen mit pauschalen Zuschreibungen (etwa als Geflüchtete, als Muslime) zu belegen? Bayan Anouz kennt das Phänomen. Sie gibt zu bedenken: »Die Hauptsache ist, dass man dieses Denken reflektieren kann: Warum habe ich so gedacht? Warum hatte ich beispielsweise Angst? Dann muss es ja nicht so bestehen bleiben.«

Ulrich Habichtsberg ergänzt: «Wichtig ist, dass man mit den Menschen ins Gespräch kommt, dass man nachfragt. Man staunt dann oft über sich selber, wie man eigene Vorurteile überwinden kann.« Er fügt hinzu: »Die große gemeinsame Schnittmenge sind die Werte, die in diesem Land als Grundgesetz festgeschrieben sind. Da gibt es auch kein Wenn und Aber. Sie sind für uns die Grundlage des Zusammenlebens. Auf dieser Basis kann die Vielfalt leben und wachsen.«

Ein roter Faden erleichtert Familien die Übergänge

Wir diskutieren über die Begrifflichkeiten Interkulturalität und Kultursensibilität. Gibt es Unterschiede zwischen beiden? Ist vielleicht bereits in diesen Begriffen ein Machtgefälle impliziert? Zum Abschluss fragen wir die drei nach Ideen für die Weiterarbeit. Ronja Liebscher, Bayan Anouz und Ulrich Habichtsberg beschreiben Ideen von elterninitiierten Projekten mit den Kindern, zum Beispiel wolle ein Vater Kampfsport anbieten. Bayans Ankündigung, in diesem Rahmen wieder eine Gruppe in die Kinder-Uni einzuladen, wird freudig begrüßt. Ronja erzählt von Lautsprecherboxen mit Audiodateien in vielen Sprachen, die in der Schulbücherei als Willkommensgruß und zur Information für neue Kinder zur Verfügung stehen sollen. Mit den Kindern sollen Anti-Bias-Trainings durchgeführt werden. Ronja ist überzeugt: »Die Kinder lernen, Unterschiede zu benennen und entdecken neue Gemeinsamkeiten. Das gibt den Gruppen wertvolle Impulse!« Und es gibt Pläne für ein geselliges Elterntalk-Format: ob zuhause oder in den Schulräumen, wer den Ort für diesen moderierten Elternaustausch vorbereitet, erhält ein Dankeschön. Gemeinsam arbeiten Kita und Schulen an einem »roten Faden«, der Familien in ihrer Sprache über das Bildungssystem informiert und bei Übergängen unterstützt. Dass KiTa, Grundschule und IGS damit erstmals gemeinsam den Weg der Kinder von der Krippe bis zum Schulabschluss in den Blick nehmen, ist für alle Beteiligten eine wertvolle Errungenschaft der guten Kooperation. Immer wieder kommen wir auf die IGS Kreyenbrück zu sprechen, die die Zusammenarbeit maßgeblich mitgestaltet. Heike Schaadt, die frühere didaktische Leiterin, hat auch das Filmprojekt aktiv vorangebracht, ist bei unserem Interview aber leider verhindert.

Was sagen nun die Mütter und Väter über die Schule ihrer Kinder? Dass die Rückmeldungen aus ihrer Elternschaft im Allgemeinen sehr positiv sind, freut Ronja Liebscher. Dennoch gebe es Überlegungen, wie man Eltern durch eine diskriminierungssensible Beschwerdekultur ermutigen kann, die Bildungseinrichtung auch zu korrigieren.

Wir verabschieden uns von unseren Gesprächspartner*innen mit den besten Wünschen für ihre Weiterarbeit. Auf der Rückfahrt sind wir uns einig: den Film »Eltern machen mit« möchten wir weiter bekannt machen. Er ist online verfügbar auf der Seite des Oldenburger Präventionsrats:
www.praeventionsrat-oldenburg.de

»In jede Dienstbesprechung gehört ein Kind«

Ein Gespräch mit Klaus Kokemoor über die Impfung durch positive Bilder

Um über Inklusion in Elterninitiativen mit einem Experten ins Gespräch zu kommen, haben wir Klaus Kokemoor zu uns in die lagE-Geschäftsstelle eingeladen. Bevor er mit dem Fahrrad zum Beratungstermin in eine Kita weiterfährt, nimmt er sich in seiner Pause Zeit für den Austausch mit uns. Klaus ist seit 2012 als Koordinator und Fachberater Inklusion bei der Landeshauptstadt Hannover beschäftigt und bietet hier für Kitas aller Träger Beratung an, wenn sie Fragen zur Förderung einzelner Kinder haben. Meist wenden sich Kita-Teams an ihn, aber auch Eltern nehmen Kontakt auf. Allen gemeinsam ist ein gewisser »Leidensdruck« im Umgang mit einem Kind, »das aus dem Rahmen fällt«. Dies ist übrigens auch der Titel von Klaus' zweitem Buch, in dem er seine Beratungstätigkeit anhand von Praxisbeispielen beschreibt. In fast der Hälfte aller hannoverschen Kitas ist Klaus schon gewesen. Die Kinder, um die es geht, sind zu 85 Prozent Jungen. Nur wenige von ihnen haben einen diagnostizierten Förderbedarf.

Mit Videokamera und Laptop ausgestattet kommt der Inklusionsberater in die Gruppen und filmt Kinder und Erzieher*innen in Freispielsituationen. In der anschließenden Auswertung der Bilder nach der Marte-Meo-Methode zeigt er den Fachkräften, welche Kompetenzen das Kind entwickelt hat und wo es bereits über Spielfähigkeiten verfügt. Das ist dann oft schon die erste Überraschung: »Ja, wenn er immer so toll spielen würde wie heute, dann hätten wir deine Hilfe gar nicht angefragt!« Für manche Teams verändert diese »Erinnerung« an den eigenen ressourcenorientierten Blick bereits den Umgang mit dem betreffenden Kind. Sie können erkennen, wie wichtig ihr eigener Fokus auf gelingende Momente ist, wie die sprachliche Begleitung der Kinder positiv wirkt und verändern ihren Blick und ihr Handeln. Bei anderen beginnt ein längerer Beratungsprozess, in den meist auch irgendwann die Eltern einbezogen werden. Klaus Kokemoor nennt es eine »Impfung über positive Bilder«.

Marte Meo

Marte Meo ist eine mittlerweile weltweit verbreitete Methode, die mit Hilfe von Videoaufnahmen die Entwicklung von Kindern unterstützt. Begründerin ist die Niederländerin Maria Aarts: Sie beobachtete und analysierte, wie sich Veränderungen im Handeln von Eltern und Fachkräften positiv auf Kinder auswirken kann. In kleinen Interaktions-Momenten im Kita-Alltag können die Erwachsenen dazu beitragen, dass Kinder sich gesehen fühlen. Aufzeichnungen per Video eröffnen Einblicke in solche Momente und Alltagssituationen in der Kita. Die Marte Meo-Methode schult Fachkräfte darin, die Kinder und ihre Signale aufmerksamer wahrzunehmen und kompetent darauf zu reagieren. So werden die Kinder darin unterstützt, mit sich selbst zufrieden zu sein und ins gemeinsame Spiel zu finden. Ihre Sprach- und Selbstkompetenz wächst. Marte Meo wird inzwischen von Fachkräften in vielen Bereichen von Pädagogik, Pflege und Therapie zur Reflexion genutzt.

Wir fragen Klaus nach seiner eigenen Definition von Inklusion. Er sagt: »Wenn wir jedes Kind dabei unterstützen, auf allen drei Ebenen Anschluss zu bekommen: Anschluss an seine eigenen Gefühle, an ein Thema oder eine Handlung und ganz wichtig: Anschluss an die Gemeinschaft – dann können wir einen Zustand der Zufriedenheit beim Einzelnen erreichen. Und das ist für mich Inklusion.« Das Beobachten und Benennen der kindlichen Handlungen nennt er als entscheidende Fähigkeit der Fachkräfte zur Unterstützung dieser kindlichen Anschlussfähigkeit: »Sie vergessen manchmal vor lauter Organisatorischem, mit den Kindern in Kontakt zu sein – auch und gerade mit den ›schwierigen‹ oder zurückgezogenen Kindern«. Seinen Fokus legt er dabei auf die handlungsbegleitende Sprache der Erwachsenen: »Ich freue mich, wenn ich in einer Kita Erwachsene erlebe, die sich auch mal entspannt zurücklehnen können, dabei aber mit ihrer Aufmerksamkeit 100 Prozent bei den Kindern sind und ihnen vermitteln: ich bin da und bin sehr daran interessiert, was hier gerade passiert. Ich bin gespannt, was hier geschieht. Ich sehe euch – ich sehe dich!«

Heute wollen wir uns bei Klaus nach seinen Erfahrungen mit Elterninitiativen erkundigen. Nimmt er Unterschiede zu anderen Trägerbereichen wahr? Oder sind es ähnliche Fragestellungen? Klaus erlebt dort zwar im Einzelfall einen ähnlichen Leidensdruck mit manch »schwierigem« Kind, beschreibt die Mitarbeiter*innen in Elterninis aber durchaus als »besondere Leute«: »Viele haben da eine hohe Bereitschaft, sich gegen Aussonderung einzusetzen. Sie fragen konkret: Was können wir tun um die Situation für das Kind und die Gruppe zu verbessern?« Die Haltung der Fachkräfte sei in vielen Elterninitiativen geprägt von gutem Kontakt zu den Kindern, vielen Spielräumen für Individualität und großer Bereitschaft, sich auf die Kinder einzulassen. Ob auch darin eine Ursache zu sehen ist, dass der Anteil der Beratungsanfragen aus Elterninis mit zehn Prozent unterhalb ihres Anteils an den Gesamtplätzen in Hannover (17 Prozent) liegt? Da können wir nur gemeinsam spekulieren: Ist es wirklich so, dass »besondere« Kinder in Kinderläden weniger Anpassungsdruck erfahren? Oder können viele pädagogische Fragen bereits mithilfe der Fachberatung der Kinderladen-Initiative oder Supervision geklärt werden? Vielleicht ist das (kostenfreie) Beratungsangebot der Stadt unter den hannoverschen Elterninis auch einfach noch nicht ausreichend bekannt?

Bei vielen Beratungsanfragen – egal aus welchem Trägerbereich – gingen die Fachkräfte davon aus, dass das Kind eine kleinere Gruppe brauche. Dass es in der eigenen Kita überfordert sei. In fast allen dieser Fälle ließe sich aber eine Lösung finden, die die

Handlungsbegleitende Sprache

Kinder lernen sprechen, indem sie von den Erwachsenen beschreibende Worte für ihr Tun bekommen. Zum Beispiel das Baby: »Ah. – Du krabbelst zur Tür. Das kannst du schon.« Ihr Wortschatz wächst, sie lernen die Welt kennen und erweitern ihre Ausdrucksmöglichkeiten. Man kann sich vorstellen, dass die Art, wie Erwachsene mit Kindern sprechen, deren innere Stimme prägt. Wir beeinflussen das Bild, das Kinder von sich selbst entwickeln. Es ist also wichtig, nicht nur zu beschreiben, was ein Kind tut und was man selbst tut, sondern auch Wahrnehmungen und Gefühle zu benennen. Ein Kind – egal welchen Alters – wird in seiner Entwicklung wesentlich unterstützt, wenn es sich durch die freundlich abwartende Aufmerksamkeit der Erwachsenen gesehen fühlt, wenn es in seinem Tun nicht durch überflüssige Fragen unterbrochen wird, wenn es Worte hört, die sein Handeln beschreiben. Vielleicht braucht es dann gar kein Lob durch Erwachsene.

Klaus Kokemoor im Gespräch mit dem Team der lagE

Teams handlungsfähig mache und dem Kind den Wechsel der Einrichtung erspare, berichtet Klaus. Weil es bei den Elterninis keinen großen Träger im Hintergrund gibt, auf den ein Team die Verantwortung zum Beispiel für den Ausschluss (oder Verbleib) eines Kindes abwälzen könne, seien die Teams und Vorstände jedenfalls gefragt, Entscheidungen zu treffen, zu denen sie selbst stehen können und mit denen alle klarkommen.

Pädagogik als Mittelpunkt des Teamgesprächs

Neben aller Verbundenheit und dem Bemühen um gemeinsame Lösungen für »schwierige Kinder« in den Elterninis nimmt Klaus die Struktur in den kleinen, selbstorganisierten Einrichtungen manchmal auch als schwierig wahr. Als ehemaliger Kinderladenvater weiß er um die Arbeitsbedingungen der Fachkräfte: »Die Verbindung zu den Eltern ist intensiver, und die sind zugleich Träger und Eltern des betreffenden Kindes. Im Konfliktfall merkt man dann, dass Zuständigkeiten und Verantwortungsbereiche nicht immer ausreichend geklärt sind. Manche Situationen sind dann schwieriger aufzulösen als anderswo.« Auch sei die räumliche Situation nicht in allen Kinderläden günstig. Oft fehle es den Teams an Orten für Gespräche und Bürotätigkeiten.

Dann fragen wir Klaus, wie er vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen so ganz allgemein den Umgang mit »besonderen« Kindern in Krippen, Kindergärten und Kinderläden einschätzt. Hat er Ideen zur Verbesserung der Situation? Klaus begrüßt es einerseits sehr, wenn Fachkräfte frühzeitig auf ihn zukommen und das Beratungsangebot auch für junge Kinder nutzen, nicht erst im Jahr vor der Einschulung. Als Präventionsmaßnahme wünscht er sich für jede Kita eine aufsuchende Fachberatung. Die Teams sollten regelmäßig nach den aktuellen Themen ihrer Einrichtung gefragt werden und Unterstützung bei deren Bewältigung erhalten. Die Pädagogik müsse (wieder) zum Mittelpunkt des Team-Austauschs werden. Dazu eigne sich der Austausch über beobachtete Situationen in Form von Fallbesprechungen: »In jede Dienstbesprechung gehört ein Kind! Am besten per Video.«.

Wenn Fachkräfte sich wieder an die Wichtigkeit der handlungsbegleitenden Sprache erinnern, sei für die Kinder viel erreicht: »Sie ist das A und O – für die Sprachförderung sowieso, aber mindestens genauso wichtig für die schwierigen Kinder!«

Klaus Kokemoor radelt zur nächsten Kita weiter. Wir wenden uns wieder den Texten für die aktuelle AuflagE zu und wünschen uns dabei, dass dieses hannoversche Beratungsangebot bald in weiteren Kommunen Nachahmung findet.

Diversität in Teams

Gelebte Vielfaltskultur als Leitbild eines Trägers

Selbst dann, wenn – wie in dieser Publikation – ein erweiterter Inklusionsbegriff zugrunde gelegt wird, beschränken wir uns gedanklich oft auf ein bestimmtes Repertoire an Vielfaltsdimensionen: Ethnie, Sprache, Religion und Kultur gehören dazu. Das Geschlecht ebenfalls. Gesellschaftliche Varianz geht aber weit über diese Aspekte hinaus. In Kitas – als Orte der Gemeinschaft und Nähe – werden unterschiedliche Lebensentwürfe, unterschiedliche Persönlichkeiten und unterschiedliche körperliche Merkmale besonders sicht- und spürbar und es sind nicht selten gerade diese Dimensionen von Vielfalt, die die Toleranz von Erwachsenen und Kindern in besonderem Maße herausfordern. Die darin liegenden Chancen zu erkennen und zu nutzen, zählt zu den großen Potenzialen der frühkindlichen Bildung. Pädagogische Teams von Elterninitiativen sind besonders vielfältig zusammengesetzt: Sichtbar wird dies schon allein am Anteil der in Kinderläden beschäftigten Männer: mit immerhin etwa zehn Prozent ist der hier doppelt so groß wie in anderen Kitas[1]. Auch die Bereitschaft, lebenserfahrene Quereinsteigende aus anderen Berufsgruppen einzustellen, scheint in den Inis größer. Insgesamt ist das Arbeitsfeld Kinderladen für Fachkräfte mit alternativen Lebensentwürfen interessant: »Die kritische Auseinandersetzung mit Normen und Werten der Gesellschaft ist ein wesentlicher Aspekt sowohl für Erzieherinnen als auch Erzieher in Elterninitiativen. Der Bezug zur 68er-Bewegung und deren Bildungsidealen ist immer noch präsent.«[2]

Dass sich im Kontext von Inklusion ein Blick auf die verschiedenen Facetten von Vielfalt in der Mitarbeiter*innenschaft lohnt, ist auch die Auffassung des lagE-Mitglieds Kindertagesstätten- & Beratungs-Verband e. V. (KiB) in Oldenburg. Für unsere AuflagE gewährte uns der KiB Einblicke in gleich zwei Praxisbereiche, in denen gelebte Diversität das Miteinander im Team und auch die pädagogische Arbeit der Fachkräfte prägt.

Die Kita Edewechter Landstraße KiB e. V. ist eine dreigruppige Einrichtung, die Kinder im Alter von eins bis sechs Jahren ganztägig betreut. Insgesamt werden von 17 Fachkräften 51 Kinder mit und ohne erhöhten Förderbedarf pädagogisch begleitet. Den Weg in die Einrichtung finden sowohl Familien aus Neubausiedlungen, als auch aus Mehrparteienhäusern. Die Oldenburger Vielfalt wird in der Einrichtung sichtbar, ihre Berücksichtigung ist eine zentrale Säule der Pädagogik. Teilhabemöglichkeiten für alle Kinder werden in den Lernwerkstätten durch konsequent partizipative Strukturen ermöglicht.

Dass sich auch das Team durch eine besonders große Vielfalt auszeichnet, ist ein ganz wesentlicher Aspekt, der durchaus in die Elternarbeit ausstrahlt. So formuliert es die Kita in ihrer Konzeptfortschreibung: »Das Ziel unserer Arbeit ist es, gute Bildungsarbeit zu leisten und Familien dort abzuholen, wo sie sind. ›Ein offenes Haus für alle‹ zu sein, bedeutet für uns, dass sich Kinder, deren Familien, aber auch Mitarbeiter*innen stets angenommen und wertgeschätzt fühlen. Für uns als Bildungseinrichtung ist Inklusion auf Teamebene folglich sowohl Anspruch, als auch Verpflichtung.«

Wie in vielen Kitas setzt sich das Team also aus Menschen mit unterschiedlichsten Vielfaltsaspekten zusammen – deren große Bandbreite in der Kita Edewechter Landstraße aber und der bewusste Umgang damit sind durchaus besonders. Schließlich wurde uns diese Einrichtung empfohlen, weil sie auch bei der Zusammenarbeit im Team sehr vielfaltsbejahend ist. Wir fragen Leiterin Nadine Guerreiro Duarte nach ihren Mitarbeitenden und merken bald, dass wir von ihr keine Auflistung von Eigenschaften ihrer Kolleg*innen bekommen werden: »Wenn wir Inklusion ernst meinen, müssen wir doch damit aufhören, durch diese Zuschreibungen einzelne Menschen zu ›besondern‹,« sagt sie. »Um die Normalität zu verändern, verabschieden wir uns bewusst von den Kategorien, die Menschen auf ein Merkmal reduzieren.« Sie lässt zwar unseren Einwand gelten, dass dann möglicherweise die Chance ungenutzt bleibt, anderen zu zeigen, wie es gelingt, als diverses Team zusammenzuarbeiten und zum Beispiel Kolleg*innen mit Assistenzbedarf einzustellen. Doch sie bleibt dabei: »Wir sind eine Kita für

alle. Aber wenn wir unsere Vielfalt immer als etwas Besonderes hervorheben, ändern sich die Dinge nicht.«

Sichtbar wird diese Haltung auch, wenn die Mitarbeitenden sich in der Dienstbesprechung über Kinder austauschen. In die Beobachtungen fließen immer auch diversitätssensible Aspekte ein, die es allen Kolleg*innen ermöglichen, sich ein komplexes Bild vom jeweiligen Kind zu machen. Unterschiedliche Haltungen, Erfahrungen und Lebensumstände der Mitarbeiter*innen treffen aufeinander, was durchaus Fremdheitsgefühle hervorrufen kann. Manchmal stößt die Kommunikation an Grenzen. Klar ist aber, dass jeder und jede Mitarbeiter*in dem Gegenüber persönliche Einseitigkeiten spiegeln und bewusst machen kann. Das Team wird somit als Resonanzraum für Rückmeldungen genutzt, um die eigenen (kulturellen und sozialen) Privilegien zu hinterfragen und zu reflektieren. Die Mitarbeitenden haben vereinbart, mit einer wertschätzenden Haltung, offener Kommunikation und Interesse am Gegenüber ins Gespräch zu gehen. Sie nutzen aber auch die Möglichkeit der Supervision und Fachberatung, um das gemeinsame Ziel (»Ein offenes Haus für alle«) zu erreichen. Denn nur wenn die Mitarbeiter*innen das Gefühl haben, dass ihre Themen ernst genommen werden und sie im Team Selbstwirksamkeit erleben, werden sie sich zugehörig fühlen und einbringen.

Nadine Guerreiro Duarte leitet die Kita Edewechter Straße seit fünf Jahren. Auf die Frage, welche Auswirkungen diese pädagogische Haltung im Team habe, sagt sie: »Unser Bild von Normalität kann sich verändern – Selbstreflexion ist die Grundlage dafür. Konkret für unseren Arbeitsalltag bedeutet dies, dass wir stigmatisierende und diskriminierende Strukturen erkennen und abbauen wollen. Zum Beispiel positionieren wir uns gegen klischeehafte Rollenbilder, denn Mann und Frau sind bei uns gleichgestellt. Wir wollen uns ganz bewusst damit auseinandersetzen, welche Botschaften wir Kindern, Eltern, Auszubildenden und Praktikant*innen durch unser eigenes Verhalten, die Gestaltung der Räume, die Strukturen und Abläufe innerhalb der KiTa mitgeben. Es ist eine sichtbare Positionierung pro Vielfalt, die sich in vielen Bereichen auswirkt.« Nach praktischen Beispielen gefragt, sagt Frau Guerreiro Duarte: »Wir sorgen dafür, dass in unserer Kita vielfältige Familienformen sichtbar sind – auf Bildern, in Büchern und durch Spielmaterialien, die wir zur Verfügung stellen. Wir beziehen Stellung unter anderem gegen Homophobie im Alltag. Und wir fragen nach den Ferien beispielsweise nicht mehr, wo Kinder im Urlaub waren, sondern ob sie etwas erzählen möchten. Denn es geht uns konkret darum, traditionelle Denkstrukturen zu öffnen – es feiert ja auch nicht jede Familie Weihnachten oder Ostern. Ebenso haben nicht alle Familien die Möglichkeit, um 14 Uhr zu einem Fest in die KiTa zu kommen. Klar ist uns auch, dass wir nicht jede Familie gleichermaßen berücksichtigen können, aber Strukturen zu öffnen muss der erste Schritt sein.« Die Kita-Leiterin fügt hinzu: »Es geht uns darum, den Begriff von Normalität zu erweitern und diskriminierende und ausgrenzende Mechanismen innerhalb unserer KiTa wahrzunehmen und abzuwenden. Und nur dann, wenn die Mitarbeiter*innen das Gefühl haben, sich selbst innerhalb der Einrichtung in ihrer Vielfalt zeigen zu können, können die Kinder dieses vorgelebte Selbstverständnis für sich nutzen. Normalitäten werden sich nur dann verändern, wenn Vielfalt im Alltag gezeigt wird und dadurch Veränderungsprozesse beim Gegenüber angestoßen werden. Dieses sind die besten Voraussetzungen für eine inklusive Gesellschaft.«

Vielfalt im Dialog

Der KiB e.V. findet das Thema Vielfalt selber so wichtig, dass er Anfang 2019 eine neue Veranstaltungsreihe für Mitarbeiter*innen mit dem Titel »Vielfalt im Dialog« ins Leben gerufen hat. Eine Arbeitsgruppe aus Kita-Leitungen zum Thema »Älter werden im Beruf« hat die Vorbereitung des Workshops übernommen. Hauptthema war aber nicht das »Älterwerden«, sondern vielmehr die Zusammenarbeit von Menschen unterschiedlichen Alters in vielfältigen Teams.

Wie kann das Miteinander gelingen, wenn die verschiedenen Altersgruppen so unterschiedliche Fähigkeiten, Erfahrungen und Bedürfnisse haben? Welche Bilder über Kolleg*innen der jeweils anderen Altersgruppe gibt es in den Köpfen? Sind die »Alten« wirklich festgefahren und die »Jungen« freizeitorientiert? Für den Workshop hatten sich Auszubildende und Mitarbeiter*innen aller Generationen angemeldet. Die Jüngste war 18 und die Älteste war 62 Jahre alt. Einige haben schon ihre Ausbildung beim KIB gemacht, andere sind erst spät dazugekommen.

Altersheterogene Teams

Die Teilnehmenden bilden eine Altersspanne ab, wie sie in fast allen Kita-Teams anzutreffen ist. Unterschiedliche

Arbeitsweisen und Lebenskonzepte treffen aufeinander. Manchmal können offene Konflikte daraus werden. Die Frage, wie (alters)heterogene Teams ihre Zusammenarbeit gestalten, beschäftigt nicht nur die Kitapraxis sondern auch die Forschung. »Was kommt nach dem Berufsstart?« heißt eine Studie von Kirsten Fuchs-Rechlin zur mittelfristigen beruflichen Platzierung von Erzieher*innen und Kindheitspädagog*innen.[3] Darin belegt sie, dass ein Drittel der Berufsanfänger*innen das Feld Kita nach einigen Jahren wieder verlassen. Als Gründe werden neben strukturellen Problemen auch Konflikte mit den langjährig erfahrenen Kolleg*innen genannt: »Neue, gegebenenfalls auch unbequeme, weil die Arbeitsroutine störende Ideen werden von den berufserfahrenen Kolleginnen mit Verweis auf langjährige berufspraktische Erfahrungen abgewehrt; ein Begründungszusammenhang bei dem die jüngeren, unerfahreneren Fachkräfte quasi stets das Nachsehen haben.« Fuchs-Rechlin fokussiert also auf die Innovationslust der jungen Kolleg*innen, und ergänzt an anderer Stelle, dass viele Berufsanfänger*innen in andere pädagogische Bereiche wechseln, wenn es nicht gelingt, »diese Diskrepanzerfahrungen zwischen den eigenen professionellen Orientierungen und den in der Einrichtungskultur verankerten Orientierungen zu bearbeiten und durch entsprechende Möglichkeiten der Mitgestaltung auszugleichen.« Die satirische Kita-Ausstellung »Pädagogien« des WAMIKI-Verlags formuliert das Beharren auf Althergebrachtem in Kitas überspitzt so: »... hier warten Funde aus grauer Vorzeit, liebevoll konserviert: Uralte pädagogische Traditionen, die über Jahrzehnte oder -hunderte von Generation zu Generation weitergegeben, liebevoll gepflegt und immer wieder aufgefrischt werden: Vor allem mit glänzenden Begründungen, warum das, was einmal richtig war, trotz aller neuen Erkenntnisse nicht einfach so über den Haufen geworfen werden kann.«

Jung und alt jenseits der Klischees

Aus Sicht mancher älterer Kolleg*in mag sich die Situation durchaus anders darstellen. Hört man erfahrenen Kitaleitungen beim informellen Austausch zu, könnte man vermuten, dass in den Kitas eine Generation von Fachkräften nachwächst, die sich von vorherigen grundlegend unterscheidet. Sie leben als »digital natives« gut vernetzt, würden nur ungern das Handy im Schrank lassen, die eigene »work-life-balance« stehe im Vordergrund, die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung sei gering. Gruppenleitungsstellen und Vollzeitbeschäftigung würden nicht angestrebt. Es gebe wenig Loyalität dem Arbeitgeber gegenüber.

Treffen in unseren Kitas also zwei Welten aufeinander? Allein, dass beim KIB die Initiative zum generationenübergreifenden Austausch von den »Älteren« ausging, und so viele Kolleg*innen teilgenommen haben, zeigt eine große Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit den eigenen Wahrnehmungen und Wünschen an die Zusammenarbeit. Das vom KIB gewählte, einrichtungsübergreifende Format kann Eltje Jahnke, Diplom-Pädagogin und Vorständin des Oldenburger lagE-Mitglieds auch anderen Trägern nur empfehlen. In geselliger Atmosphäre gelang es dort, die Fachkräfte neugierig zu machen, Klischees anzusprechen, einander zu begegnen. Der Nachmittag bot viele Aktivitäten. Verschiedene Methoden ermöglichten es den Teilnehmenden, sich in unterschiedliche Lebenssituationen einzufühlen. Schnell kamen sie zum Thema Vielfalt und bewusstem Umgang mit Vorurteilen ins Gespräch. Ein »Generationen-Café« erfreute mit leckerem altmodischen und modernen Gebäck: veganen Apfelkuchen, Frankfurter Kranz, Käse- und Marmorkuchen, glutenfreie Mandeltorte und Krippenplätzchen.

Für Gesprächsanlässe sorgte ein Bilderbuchtisch zum Thema »Alter und alte Menschen« in der Kinderliteratur, eine Liste aussterbender Wörter, ein nostalgischer Blick auf aussortierte Dinge und alte Fotos.

Nach guten Gesprächen über die Ausbildung früher und heute, über das Berufsbild Erzieher*in im Wandel und die Stärken altersgemischter Teams kehrten die Teilnehmenden in ihre Einrichtungen zurück. Mitgenommen haben sie neue Erkenntnisse, Motivation und Vorfreude auf die nächste Veranstaltung.

Im nächsten Jahr wird sich die Veranstaltung »Vielfalt im Dialog« dann einem anderen Aspekt von Vielfalt zuwenden und von einer anderen Arbeitsgruppe aus dem KiB vorbereitet.

1 Fachkräftebarometer, Frühe Bildung 2017, S. 143
2 www.bage.de
3 Fuchs-Rechlin, Kirsten/Züchner, Ivo (2018): Was kommt nach dem Berufsstart? WiFF Studien, Band 27, München

Gender und so …

Binäre Denkmuster verlassen

Für alle, die wie hier in der AuflagE den großen Inklusionbegriff verwenden, sind die sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität Vielfaltsmerkmale, die zu einer diversen Gesellschaft ganz selbstverständlich gehören. Das bedeutet, dass Kitas auch in diesem Punkt einen bewussten Umgang mit Kindern und ihren Familien entwickeln sollten. Eine grundsätzliche Verständigung innerhalb des Kinderladen-Teams, wie mit Kindern über Familienvielfalt, über Lebensentwürfe, Care-Arbeit oder Sexualität gesprochen wird und wie auch Eltern gegenüber verschiedene Vielfaltsdimensionen Anerkennung finden, gehört dazu.

Ein Junge verkleidet sich gern als Elfe …

Gelingt es, dies nicht als »Besonderheit«, sondern als »normal« zu betrachten?

Ein Möbelstück im Kinderladen ist kaputt …

Wird »der Papa« gefragt? Oder gibt es eine Kollegin, eine Mutter, die mit dem Akkuschrauber repariert?

Ein Mädchen spielt gern wild und körperbetont …

Bekommt sie auch dazu positive Rückmeldung?

Die Kinder haben Fragen zu Sexualität …

Gibt es altersangemessene Antworten, die nicht nur auf Fortpflanzung abzielen, sondern auch Nähe und Lust, die jede*r anders erleben kann, betonen?

Einzelne Eltern möchten nicht, dass der männliche Kollege ihr Kind wickelt …

Wie kann ein Team professionell reagieren und sowohl den Wunsch nach Überwindung von Vorurteilen und Zuschreibungen deutlich machen als auch die Sorgen der Eltern ernst nehmen?

Handlungssicherheit durch ein sexualpädagogisches Konzept

Die Verständigung auf ein sexualpädagogisches Konzept kann im Umgang mit kindlicher Sexualität Handlungssicherheit geben. Da auch unter den Kolleg*innen die Bandbreite der subjektiven Zugänge und Erfahrungshintergründe groß ist, ist als Gesprächseinstieg das betreffende Kapitel im neu aufgelegten BAGE-Leitfaden Kinderschutz[1] zu empfehlen. Es bietet viele Fragestellungen, die bei der Entwicklung eines eigenen sexualpädagogischen Konzepts hilfreich sein können. Literaturhinweise unterstützen bei der vertiefenden Beschäftigung mit dem Thema.

Die Menschen, die sich in Elterninitiativen begegnen, bilden (hoffentlich) die Vielfalt der sexuellen Orientierungen und Geschlechteridentitäten ab. Fest steht auch, dass es Kinder in den Gruppen gibt, die irgendwann ihre homo- oder bisexuelle Orientierung entdecken werden. Laut einer Studie des Deutschen Jugendinstituts[2] von 2015 wussten mehr als 15 Prozent aller lesbischen, schwulen, bisexuellen und orientierungs*diversen Jugendlichen »schon immer« über ihre Orientierung Bescheid. Bei den transidenten Jugendlichen ist diese Gruppe sogar noch größer: Unter ihnen wissen fast 28 Prozent von Anfang an, dass ihr Körper und ihre Identität nicht übereinstimmen. Es ist also davon auszugehen, dass in allen Kita-Gruppen Kinder sind, die durch (bewusste oder unbewusste) heteronormative Äußerungen diskriminiert werden. Äußerungen und Verhaltensweisen also, die von der Normalität heterosexueller Lebensweisen ausgehen und andere abwerten oder ignorieren. Unsere Sprache und Kultur, unser Bildungs- und Rechtssystem ist von dieser »heterosexuellen Matrix« durchzogen. Das kann dazu führen, dass ein Kind seine eigenen Gefühle als von den Erwartungen der Gemeinschaft abweichend erlebt. Es entsteht ein Gefühl

der Andersartigkeit und der Einsamkeit. Wir wissen aber, dass vielmehr die Erfahrung von Zugehörigkeit und Verbundenheit entwicklungsfördernd ist. Wie kann dies für jedes Kind erlebbar gemacht werden?

»Was wird gesagt und wie wird etwas im Unterton gesagt?«

Annedore Prengel hat für die Inklusionspädagogik den Begriff Egalitäre Differenz geprägt. Gemeint ist damit die Gleichberechtigung von Menschen bei Anerkennung ihrer Verschiedenheit. Wie wird aber diese Anerkennung von Verschiedenheit in Bezug auf Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung für die Kinder spürbar? In ihren Forschungen zu Erwachsenen-Kind-Interaktion in Bildungseinrichtungen stellt Prengel das Recht des Kindes auf Anerkennung und Wahrung seiner Würde in den Vordergrund: »In den subtilen Formen der Gestaltung der Kommunikation zwischen Erwachsenen und Kindern (was wird gesagt und wie wird etwas im Unterton gesagt) sind die Pädagoginnen und Pädagogen herausgefordert, eine Sprache zu entwickeln, die sich den Ansprüchen annähert, eine Haltung wechselseitiger Anerkennung zu praktizieren und zugleich zu vermitteln.«[3]

Zentral scheint also eine wertschätzende, inklusive Sprache zu sein sowie die bewusste Abkehr von binären Denkmustern. Das ist leicht gesagt – denn wir sind alle mit diesen Kategorien aufgewachsen: männlich/weiblich, behindert/nichtbehindert, schwarz/weiß. Dass es viel dazwischen gibt, ist uns theoretisch klar. Was das aber für unser pädagogisches Handeln in der Kita bedeutet, ist nicht immer deutlich. Die sehr empfehlenswerte Broschüre »Murat spielt Prinzessin, Alex hat zwei Mütter und Sophie heißt jetzt Ben[4]« von der Fachstelle Queerformat befasst sich mit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt als Themen frühkindlicher Inklusionspädagogik. Sie will Kita-Fachkräfte informieren und bietet Praxisbeispiele, Checklisten und Denkanstöße zum Thema.

Kinderläden 1968 und heute

Die heutigen Kinderläden mit ihren Wurzeln in den 68ern gelten in der Öffentlichkeit immer noch als besonders offen im Umgang mit Körperlichkeit und Sexualität. In vielen Einrichtungen ist der unbefangene Umgang mit Nacktheit ein bewusst formulierter Aspekt der pädagogischen Arbeit. Vor 50 Jahren, zur Zeit der ersten Kinderladengründungen wurde von den Eltern die Befreiung von bürgerlichen Moralvorstellungen zum pädagogischen Konzept erklärt. Die »Unterdrückung der kindlichen Sexualität« wurde damals als Ursache für die »Entstehung des autoritären Charakters« gesehen. Dass es in den frühen Jahren der Kinderläden vereinzelt auch zu Übergriffen kam, die von den beteiligten Erwachsenen als »freie Sexualität« verbrämt wurden, wissen wir inzwischen. Erfahrungsberichte von den Kindern dieser ersten Läden gibt es jedoch nur wenige. Sie schildern Übergriffe zwar eher aus dem heimischen Umfeld durch Eltern[5] als durch Erwachsene im Kinderladen, aber gezielte Forschungen in diesem Themenbereich stehen noch aus.

Die Pädagogik der Kinderläden hatte in den vergangenen 50 Jahren durchaus großen Einfluss auf die Weiterentwicklung der gesamten Kita-Landschaft in Deutschland. Der Situationsansatz als inzwischen weit verbreitetes pädagogisches Konzept wurde maßgeblich durch die Arbeit der Kinderläden inspiriert. Aber auch die selbstorganisierten Elterninis haben sich weiterentwickelt und professionalisiert. Unter den Fachkräften ist die Sensibilität auch bezüglich des Schutzauftrags und der Kinderrechte gewachsen. In manchen Einrichtungen führt die mediale Debatte über Übergriffe unter Kindern oder durch Fachkräfte dazu, dass das Thema Sexualität nur noch als »Problem« wahrgenommen wird und das pädagogische Handeln weitgehend von Ängsten geprägt ist. Während heute bei vielen Erziehungsfragen also ein entspannter Mittelweg gefunden wurde, ist bei der Sexualität eher eine »Retabuisierung« festzustellen. Der »Generalverdacht« gegenüber männlichen Fachkräften ist eine weitere Facette dieser Befürchtungen. Hier sind Vereine und Kita-Träger gefragt, sich für eine geschlechtersensible Personalentwicklung stark zu machen und Handlungssicherheit durch Kinderschutzkonzepte zu schaffen.

SEHR ZU EMPFEHLEN!

Die äußerst sehenswerte Multimedia-Seite des Aktionsbündnisses »Klischeefreie Vielfalt« zeigt mit kurzen Filmclips, wie das Zusammenleben in Vielfalt in der Kita gelingen kann:
www.chance-quereinstieg.de/aktionstag

Rechtspopulismus fordert uns heraus

Seit einigen Jahren wird von rechtspopulistischen Gruppierungen das Schlagwort der »Frühsexualisierung« eingebracht. Der irreführende Begriff impliziert bei der (meist sehr unreflektierten) Kritik an Bildungsplänen oder Informationsbroschüren eine aktive Hinführung von Kindern zu sexuellen Themen oder Handlungen. Wer die derart kritisierten Veröffentlichungen jedoch selbst liest, wird bemerken, dass es darin vor allem darum geht, sich als pädagogische Fachkräfte über die Inklusion von Geschlechtervielfalt zu informieren und Handlungssicherheit zu erlangen. Das Hinterfragen von heteronormativen Barrieren für geschlechtsvariante Kinder, Regenbogenfamilien und Kinder mit gleichgeschlechtlichen Gefühlen gehört dazu. Für erschreckend viele Anhänger*innen von Ideologien gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist die »auf Fortpflanzung angelegte« Mann-Frau-Beziehung immer noch die einzig anzustrebende Lebensform, andere werden bestenfalls »geduldet«.

Stefan Niggemeier schreibt auf www.uebermedien.de über eine Erklärung der AfD zur sogenannten »Frühsexualisierung«: »Das Faszinierende an der Art, wie die AfD dafür kämpft, dass Kinder auch in Zukunft Diskriminierung und Ausgrenzung erleben, ist die völlige Umkehrung der Begriffe. Es geht bei den aktuellen Bildungsplänen, die sie so vehement ablehnt, um Freiheit: darum, dass Menschen sich ohne Repressionen in ihrer ganz eigenen Persönlichkeit entfalten können. Sie aber stellt es als Zwang dar, als würde Kindern etwas aufgepfropft. Es schwingt der Gedanke mit, dass sie gegen ihren Willen zu einer bestimmten Form von Sexualität gezwungen werden sollen.«[6]

Die Geschäftsstelle der lagE e. V. erreichte im April ein krudes Einschreiben einer »Reichsbürgerin«, das uns auf zwei eng beschriebenen Seiten in verwirrter Ausführlichkeit auffordert, der »Frühsexualisierung« entgegenzutreten und den damit einhergehenden »Menschenhandel und Genozid« (sic!) mit Kindern zu beenden. Trotz – oder wegen? – des inhaltlichen Wahnsinns im Brieftext (»rechtsgültig bis zum Erdmittelpunkt und 100 Kilometer über dem Meeresspiegel«) ist diese Form der persönlichen Kontaktaufnahme mit Fristsetzung und dubiosen Ankündigungen durchaus beunruhigend. Wir haben das Schreiben den zuständigen Behörden übergeben.

Kinderläden und Elterninitiativen haben also in diesen Zeiten des Erstarkens rechtsextremer Strömungen viele wichtige Aufgaben: Es gilt einerseits, für das einzelne Kind einen Raum zu schaffen, in dem es sich in seiner Individualität angenommen und zugehörig fühlt. Darüber hinaus soll die Kindergruppe Vielfalt kennenlernen und darin gestärkt werden, Diskriminierung wahrzunehmen und diese bereits als Kinder zu hinterfragen und abzulehnen. Als Akteure im Sozialraum müssen sich Kinderläden als Orte der Vielfalt positionieren und damit sichtbar werden. So können demokratische Kräfte vor Ort gestärkt werden. Als gemeinsame, menschenfreundliche »Stimme der Vernunft« können sie ein Gegenpol zu Populismus und Ausgrenzung sein.

Mehr Infos:
www.rosa-hellblau-falle.de
www.klischee-frei.de

1 www.bage.de, Kinderschutzleitfaden
2 www.dji.de, Broschüre Coming Out
3 www.weiterbildungsinitiative.de, Inklusion in der Frühpädagogik
4 www.queerformat.de, Materialien
5 Dannenberg, Sophie (2004): Das bleiche Herz der Revolution
6 www.uebermedien.de, Der Kampf der AfD gegen das Kindeswohl

8
9

Inklusive | exklusive Elterninitiativen

Selbstorganisierte Kita für alle?

In einer AuflagE zum Thema Inklusion kommen wir natürlich auch nicht um die Frage herum, ob Elterninis in gewisser Weise ein exklusives Angebot darstellen, da sie nur von einer bestimmten Elternklientel gewählt werden.

Was ist dran an dieser Sichtweise? Und wie stehen wir als lagE dazu? Gelingt es, aus selbstkritischer Perspektive hinzuschauen, ohne die Besonderheiten der kleinen, selbstorganisierten Einrichtungen zu vergessen?

Zunächst einmal nehmen wir wahr, dass Inklusion inzwischen in vielen Kitas unterschiedlichster Trägerbereiche als pädagogisches Ziel definiert ist. Es gibt den selbsterklärten Anspruch, sich als Bildungseinrichtung bereit zu machen für die Vielfalt der Kinder und Familien und eben diese Vielfalt als Bereicherung wahrzunehmen. Teilhabe, Solidarität und Chancengerechtigkeit werden dabei als zentrale Werte benannt. Diese Werte waren ebenso Grundlage bei der Entstehungsgeschichte der selbstorganisierten Kinderläden seit den 68er Jahren. Chancengerechtigkeit für Arbeiterkinder, Gleichberechtigung der Geschlechter und politische Solidarität mit Benachteiligten und Unterdrückten sind wichtige politische Ziele dieser Jahre gewesen und prägten auch die Kinderläden. Es ging damals um den Zugang zu (Selbst-)bildung und um die Vereinbarkeit von politischem Engagement, Beruf und Familie. Neue Lebensentwürfe wurden dabei entwickelt. Die Erfahrungen der Kinderläden, ihr kritischer Blick auf Bestehendes und ihr Mut, Neues auszuprobieren haben damit die Frühpädagogik in Deutschland nachhaltig beeinflusst. Die Frage, die wir uns heute stellen, ist, ob das die Elterninis zu inklusiven Bildungseinrichtungen im aktuellen Verständnis gemacht hat.

In Punkto Integration (also der gemeinsamen Erziehung und Bildung von Kindern mit und ohne Behinderung) sind die Elterninitiativen als Vorreiter bekannt. Das Land Niedersachsen prüfte Ende der 80er Jahre noch mit einem Modellversuch, ob und wie Integration in Kindergärten gelingen kann – während viele Kinderläden und Krabbelgruppen diese vor Ort längst umsetzten: Sie nahmen Kinder auf, die einen heilpädagogischen Förderbedarf hatten. Oder sie schlossen ein Kind nicht aus, dessen Förderbedarf im Laufe der Zeit bekannt wurde. Elternschaft und Teams dieser Vereine wollten nicht warten, bis es irgendwann Rahmenbedingungen für die gemeinsame Erziehung und Bildung gäbe. Sie handelten inklusiv. Die Fachwelt nannte dieses »Nicht-ausgrenzen-wollen« damals oft »graue Integration«. Glücklicherweise verabschieden wir uns im Zeitalter der Inklusion von diesem Begriff. Impliziert er doch Illegales, wo es um Vermeiden von Beziehungsabbrüchen und den Umgang mit Vielfalt geht. Der Förderbedarf eines Kindes ist in vielen Elterninis also kein Ausschlusskriterium. In dieser Hinsicht gelingt sie vielerorts, die Inklusion. Aber reicht das, um sich als inklusiv zu verstehen? Oder ergeben sich aus den erweiterten gesellschaftlichen Perspektiven in Hinblick auf Diversität für die Elterninitiativen, genau wie für uns als Autorinnen, neue Diskussionsanlässe?

Informelle Barrieren in den Blick nehmen

Elternitiativen müssen sich fragen, ob und wie sie anstreben, die Diversität ihrer Organisationen auf allen Ebenen zu steigern. Und mit welchem Ziel. Geht es um die Erweiterung der Lebenswelt der Kinder? Oder möchten sie womöglich dem Vorwurf der Exklusion begegnen? Dass es für das Aufwachsen von Mädchen und

Jungen ein großer Gewinn ist, im familiennahen Umfeld des Kinderladens die größtmögliche Vielfalt von Menschen zu erleben, liegt auf der Hand. Zu klären wäre also, in welchen Bereichen der Einrichtung sich tatsächlich Vielfalt abbildet, wie sie bei der Aufnahme neuer Eltern und Einstellung neuer Mitarbeiter*innen sichtbar wird und ob sie Grenzen hat.

Immer noch sieht für viele das Bild der Eltern in Elterninitiativen stereotypisiert so aus: Bildungsbürger*innen, Alternative, Studierende, Selbstständige, Akademiker*innen, Lebenskünstler, Helikoptereltern, Autonome, Pädagog*innen, Künstler*innen, Vegetarier*innen, Umweltbewegte, Lastenfahrradfahrer*innen. Der Anteil von Eltern mit Zuwanderungsgeschichte oder aus bildungsfernen Kreisen ist klein. Auch wenn die Vielfalt in den Kinderläden größer ist, als es die Liste der Klischee-Eltern vorgibt, scheint es weiterhin so zu sein, dass sich hier bestimmte Milieus von Familien treffen. Woran liegt das? Diese Eltern finden sich in den Inis wieder, weil sie ähnliche Ansprüche an Pädagogik, Ernährung, Zusammenleben und Selbstverwaltung haben. Ähnlich wie bei Wohngemeinschaften oder im Privatleben, können hier Gruppen entstehen, die sich in ihren Alltagseinstellungen und im Lebensstil gleichen. Dass sich die selbstorganisierten Elterninitiativen vor allem im urbanen Umfeld gründen, mit Häufung in bestimmten »Szene«-Stadtteilen, ist darüber hinaus ein Faktor, der automatisch Familien aus anderen Wohngebieten aufgrund räumlicher Entfernung ausschließt, ohne dies zum Programm zu machen.

Man könnte es sich einfach machen und sagen: Der Zugang zu einer Elterninitiative steht allen offen. Jede Familie kann sich auf einen Platz bewerben. Aber es melden sich eben nicht alle Familien, alle Milieus an. Welche informellen Barrieren gibt es, durch die bereits die Gruppe der Anmeldenden sozialstrukturell und auch kulturell eher homogen ausfällt? Vielleicht ziehen die Elterninitiativen schon mit ihrer Außenwirkung bestimmte Gruppen an und stoßen andere ab. Strahlen womöglich kleine, selbstorganisierte Strukturen aus Sicht einiger Bevölkerungsgruppen das Gegenteil von Vertrauenswürdigkeit und Professionalität aus? Improvisierte Räumlichkeiten, flache Hierarchien, Selbstorganisation und Mitbestimmung als Werte zu verstehen, ist alles andere als selbstverständlich. Roland Kern vom Berliner DAKS formulierte es in seinem Text »Die etwas anderen Kitas« so: »Die Selbstorganisation lebt von einem gewissen Interessengleichklang der Beteiligten und die gruppenspezifischen Rekrutierungs- und Aushandlungsmechanismen wirken nicht auf jedermann gleichermaßen einladend.[1]« Die große kommunale Kita hat deshalb möglicherweise gerade bei Familien mit Zuwanderungsgeschichte ein höheres Ansehen als der eingruppige Kinderladen mit selbstgebautem Mobiliar im ehemaligen Ladengeschäft.

In den meisten Elterninitiativen findet zu Jahresbeginn das Aufnahmeverfahren statt, die neuen Familien werden ausgewählt. Auch diese vergleichsweise aufwendige »Bewerbung« kann für einige Eltern eine Hürde darstellen und wirkt möglicherweise ausschließend. Ein Vater aus der Aufnahmegruppe erzählt: »Und dann saßen wir da mit der Mutter aus der Dominikanischen Republik und ihrer Bekannten, die als Übersetzerin mitgekommen war. Ich möchte gar nicht wissen, was die beiden über uns zwei Väter gedacht haben, die sich ihnen als Aufnahmegruppe präsentierten. Auf jeden Fall mussten sie beide sehr laut lachen, als sie hörten, dass der Platz im Kinderladen mit diesem ausführlichen Gespräch noch nicht gesichert sei. Nein – noch eine Hospitation und die Einwilligung aller Eltern seien nötig?! Absurd. Und irgendwie ist es das ja auch.«

Es geht nur gemeinsam

Allein durch eine Änderung der Aufnahmepraxis wird sich die Vielfalt in den Einrichtungen nicht erhöhen lassen. Und tatsächlich ist dieses teilweise aufwendige Auswahlverfahren aus unserer Sicht unverzichtbar und hat gute Gründe. Beide Seiten sollten wissen, worauf sie sich einlassen. Gerade auch, weil die besondere Qualität der Elterninitiativen eben nicht für alle Personengruppen selbsterklärend daherkommt. Schon allein die für die Trägerschaft der Eltern unvermeidbare »Vereinsmeierei« ist trotz aller Alternativkultur etwas, was Außenstehenden durchaus speziell vorkommen

könnte. Oder auch das von vielen Pädagog*innen und Familien als Qualitätskriterium betrachtete und als ebensolches manchmal schon beim Erstkontakt angepriesene »Wir gehen bei jedem Wetter raus« kann auf andere Personenkreise womöglich sogar abschreckend wirken. Und auch hier lohnt sich die Frage, ob die Idee der »gut gelüfteten« und dadurch gegen Infekte geschützten Kinder nicht auch auf die Besonderheiten der deutschen Geschichte zurückzuführen ist – vom Wandervogel bis zur Lebensreform und auch all dem, was danach folgte. Von Familien mit anderem sozialem oder kulturellen Hintergrund wird die Frischluft-Affinität mancher Kinderläden vielleicht durchaus mit Verwunderung betrachtet. Ähnliches wäre auch beim Thema »gesunde Ernährung« denkbar, welches ja bereits seit Kinderladen-Generationen nahezu Garant für potentiell lange Elternabende ist.

Auf jeden Fall kann es für Elterninitiativen spannend und hilfreich sein, sich der eigenen Besonderheiten bewusst zu werden und kritisch und durchaus auch mal selbstironisch damit umzugehen.

Dennoch: Ein kleiner Elternverein, der eine Kita betreibt, hat als Träger der Einrichtung eine große Verantwortung. Er ist Arbeitgeber für die Mitarbeitenden und muss alle für Kitas geltenden Vorgaben von Buchführung und Arbeitsschutz über Hygiene bis Datenschutz einhalten. Hier gelten für Elternvereine genau die gleichen Rahmenbedingungen wie für die großen Träger. Unsere Vereine sind also darauf angewiesen, tatkräftige Mitglieder aufzunehmen. Mütter oder Väter, die bereit sind, sich in Verwaltungs-und Rechtsfragen einzuarbeiten, die Haushaltspläne und Gehaltsabrechnungen erstellen, die Personal- und Ämtergespräche führen, sind für den Erhalt der Einrichtung notwendig.

Viele Familien können sich aber eine Form der mitgestaltenden Kinderbetreuung aus sozio-kulturellen, zeitlichen oder anderen Gründen nicht leisten oder nicht vorstellen. Aber ist es wirklich so, dass jedes Elternteil zur Mitarbeit in der Lage sein muss? Welche Aufgaben sind auch mit geringen Deutschkenntnissen zu bewältigen? Muss sich überhaupt jede Familie nützlich machen können?

Die Bertelsmann-Studie »Keine Kita für alle« (2018) untersuchte für Nordrhein-Westfalen den Bildungs- und Einkommenshintergrund von Familien in Kitas. Die Forscher*innen stellten fest, dass es eine starke Ungleichverteilung gibt, die in einzelnen Einrichtungen zu einer Konzentration von Kindern mit bestimmten sozialen oder ethnischen Merkmalen führt. Den freien Trägern werden »Praktiken der bewussten oder unbewussten institutionellen Diskriminierung« attestiert. Allerdings wird der Aspekt der Elternmitarbeit hier nicht beachtet, die Studie zielt allein auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Eltern ab. Fest steht: Wenn eine Kita überdurchschnittlich viele Kinder aufnimmt, die von Armut betroffen sind, beeinträchtigt das deren Bildungsbiografie zusätzlich. Die Autor*innen der Studie sehen in zentralen Platzvergabesystemen eine Lösung für diese Ballungstendenzen und befürworten, sogenannte »Brennpunktkitas« mit mehr Ressourcen auszustatten, also »Ungleiches ungleich zu behandeln«. Die Elterninitiativen wären durch zentrale Aufnahmesysteme in der Situation, Familien nicht mehr nach selbst festgelegten Auswahlkriterien aufnehmen zu können. Dass das den Fortbestand der Kinderläden in ihrer jetzigen selbstorganisierten Form gefährden würde, ist klar. Die Übernahme von (Träger-) Verantwortung in Elterninis ist eine Form des freiwilligen zivilgesellschaftlichen Engagements, das für den Erhalt der Kinderläden notwendig ist, aber nicht mit dem Betreuungsvertrag »verordnet« werden kann.

Die Frage, wie inklusiv Kinderläden für Eltern sind oder überhaupt sein können, lässt sich nicht abschließend beantworten. Als lagE finden wir diesen Klärungsprozess aber wichtig und freuen uns über Elterninitiativen, die sich mit diesem Aspekt von Inklusion beschäftigen. Wir diskutieren ebenfalls weiter, auch im Rahmen der Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen (BAGE).

1 Kern, Roland. Magazin »unerzogen«, Ausgabe 4/2016, S. 11 – 13

Das Netzwerk der lagE

Dachverband der Elterninitiativen Braunschweigs e. V.
Altewiekring 52
38102 Braunschweig
Tel.: 0531 34 591
info@deb-bs.de
www.deb-bs.de

Verbund Bremer Kindergruppen zusammen groß werden e. V.
Admiralstraße 54
28215 Bremen
Tel.: 0421 502663
kontakt@verbundbremerkindergruppen.de
www.verbundbremerkindergruppen.de

Kinderhaus e. V., Göttingen
Hospitalstraße 7
37073 Göttingen
Tel.: 0551 5213930
info@khgoe.de
www.khgoe.de

Kinderladen-Initiative Hannover e. V.
Goseriede 13a
30159 Hannover
Tel.: 0511 874587-0
info@kila-ini.de
www.kila-ini.de

KiB Kindertagesstätten- & Beratungs-Verband e. V., Oldenburg
Nettelbeckstraße 22
26131 Oldenburg
Tel.: 0441 350760
info@kib-ol.de
www.kib-ol.de

Verein für Kinder e. V., Oldenburg
Schulstraße 12
26135 Oldenburg
Tel.: 0441 9995820
buero@verein-fuer-kinder.de
www.verein-fuer-kinder.de

Kindergruppen Die Rübe e. V., Lüneburg
Schmiedestraße 17
21335 Lüneburg
Tel.: 04131 7993917
verwaltung@ruebe-lueneburg.de
www.ruebe-lueneburg.de

Dachverband Elterninitiativen Osnabrück | DEO's
c/o Kindervilla e. V.
Katharinenstraße 6
49078 Osnabrück
Tel.: 0541 58049400
info@d-e-o-s.de
www.d-e-o-s.de

Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen e. V./BAGE
Geschäftsstelle Berlin
Crellestraße 19/20
10827 Berlin
Tel: 030 7009425-60
info@bage.de
www.bage.de

AUFLAGE

Die Fachzeitschrift der Landesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen Niedersachsen | Bremen e. V.
Ausgabe Nr. 18 | Juli 2019